

# danziger Landeszeitung

Westpreußisches Volksblatt

90 JAHRE

Danziger Volksblatt

Besuchspreis: Durch Austräger oder Zweigstellen monatlich 2,50 Dm., durch Träger 4,00, durch Post 4,25, Strom, nach Polen nur unter Grenzwand 8,25, Post, Einzelpreis 0,15 D., bzw. 0,25 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik hat der Bezieher oder Interessent keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rücksändigung, falls die Beführung in beschädigtem Umfang verpaßt oder nicht erachtet. Unverlangte Matrikule ohne Rückporto werden nicht zurückgesandt.

Abonnementpreise und -bedingungen: Die einfache Millimeterseite (31 mm breit) oder deren Raum im Umschlagenteil 10 Pf., im Fleckenteil (38 mm breit) 10 Pf., Auslandspreise, Beilagen und Rabattläufe nach Tari. Auf amtliche Anzeigen kein Rabatt. Plak- und Terminvorlesungen sowie telefonische Bestellungen und Abbestellungen sind jeweils bei Verbindlichkeit für Rekler infolge unbestimmter Mautstrafe oder tel. Aufgabe keine Gewähr. Bei verspäteter Zahlung Konturen, Verleihen und gerichtliche Verzweigungen kein Rabatt. Gerichtsstand für beide Teile Danzig.

Anzeiger für den Freistaat Danzig  
Pommern und die östlichen Gebiete

mit den Beilagen: „Kreuz und Krone“, „Literatur, Kunst und Wissenschaft“, „Der Rechtsfreund“, „Heimatländer“, „Die Welt der Frau“, „Kinderzeitung“.

Ministerpräsident Göring

## Das Programm der preußischen Regierung

Die Programmrede vor dem Landtag — Das Ermächtigungsgesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Der preußische Landtag hat am Donnerstag in knapp zwei Stunden seine Sitzung durchgeführt. Das Kabinett Göring, hervorgegangen aus der nationalsozialistischen Revolution, stellte sich dem Landtage vor. Der Ministerpräsident Göring gab seine Regierungserklärung ab. Nach wenigen Aussführungen der Fraktionen wurde das von den Nationalsozialisten und Deutschnationalen vorgelegte Ermächtigungsgesetz für die Staatsregierung angenommen mit einer Mehrheit, die weit über die Zweidrittelmehrheit hinausging, da sie alle Fraktionen mit Ausnahme der Sozialdemokraten umfaßte. Das Ermächtigungsgesetz ist danach, wie Präsident Göring feststellte, mit der Fassungsändern der Mehrheit angenommen worden.

Die Bedeutung dieser Landtagssitzung kam auch äußerlich zum Ausdruck. Nicht nur waren sämtliche Tribünen überfüllt, sondern Rundfunk und Tonfilm hatten sich eingeschaltet und der Sitzungssaal hatte ein Festgemanöver aus Pflanzensturm und dem Hakenkreuzbanner erhalten, das von der schwarzweißroten und der schwarzen Fahne flankiert war. Vor dem Haupteingang zum Landtagsgebäude waren die Polizeiabteilung Wecke und eine berittene Hundertschaft zur Spazierbildung aufmarschiert. Vom Eingang des Gebäudes bis zum Sitzungssaal hatten SA- und SS- die Spalierbildung bzw. die Ehrenwache für die Regierung Göring übernommen. Als um 2.15 Uhr das Kabinett mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze und dem Landtagspräsidenten im Gefolge, geschlossen in den Sitzungssaal einzog, erhöhte von der nationalsozialistischen Fraktion der Ruf: „Achung!, woran die Abgeordneten sich von ihren Plätzen erhoben.

Nachdem das Kabinett auf der Regierungsbank Platz genommen hatte, sprach Landtagspräsident Herrl dem Führer Adolf Hitler die Griffe des neuen Preußen aus und lobte ihm treue Gefolgschaft. Er sagte auch dem Ministerpräsidenten die Unterstützung des Parlamentes zu. Ministerpräsident Göring entwickelte dann sein

### Regierungsprogramm

Ich übernehme mein Amt, so betonte er, in erster Linie als treuerster Paladin meines Führers Adolf Hitler. Dann kam ein Bekenntnis zur „Verantwortung in jeder Beziehung“ für die Maßnahmen der preußischen Regierung und ein Gelöbnis zur Einflügung der preußischen Politik in die Reichspolitik. Die erste Epoche der nationalsozialistischen Revolution, in der oft scharf zugegriffen werden mußte, sei im wesentlichen abgeschlossen.

### Die Revolution gehe aber weiter;

Ihre zweite Epoche sei die des Aufbaues. Einige Grundsätze wurden dann unterstrichen: Neuerliche Sparfamilie, peinliche Sauberkeit und Pflichttreue in der Verwaltung, Förderung der Hochschulen, an denen nur aus dem deutschen Volke hervorgegangene Lehrer wirken dürfen, die Schaffung der völkischen Verbundenheit der Schulen aller Art, die Volksverbundenheit aber auch für die Kunst. So unriß der Ministerpräsident die Kulturaufgaben, um dann die anderen Eingeletats zu streifen. In der inneren Verwaltung legte er Wert auf ein sauberes Berufsbeamtenium, für das er selbst die Fürsorge übernehme, sowie auf eine gut organisierte Polizei zur Abwehr aller gegen den neuen Staat gerichteten Bestrebungen. In diesem Zusammenhang protestierte Göring gegen die in Gera aufgetauchte These, als könne man die Schutzpolizei einer Heeresformation gleich rechnen. Die Zwischenfrage wurde angesprochen,

dass die Zugehörigkeit zu einer anderen Partei, die nicht staatsfeindlich ist, keinen Grund zur Ausschaltung aus dem Beamtenverhältnis bietet und dass dies auch für die dem Zentrum angehörenden Beamten gilt.

Bei Betrachtung der Wirtschafts- und Landwirtschaftsfragen dankte der Ministerpräsident dem Justizminister für das Erbpostgesetz und wandte sich gegen die manchmal gutgemeinten Eingriffe unverantwortlicher Stellen". Rücksichtloses Vorgehen gegen Korruption wurde unterstrichen, vom Urfahrt der kleinen und kleinsten Kommissare gesprochen, die Verantwortlichkeit des Leiters — nicht aber der Mehrheit der Betriebszelle — für den Betrieb herausgestellt, die Not-

wendigkeit der Beseitigung gegenseitlicher Interessen-Gruppen mit ihren die Wirtschaft schädigenden Wir- kungen hervorgehoben.

Mit eiserner Faust werde er nötigenfalls die Harmonie erzwingen.

die zum Wohle des ganzen Volkes erforderlich ist. Bei Gründung der dem Hansabeit und der Landwirtschaft gewährten Steuererleichterungen folgte ein Bekenntnis zu dem abgeschafften Opereken. Dann kamen Hinweise auf den neuen Staat, der dann außerordentliche Sparfamilie ausgegliedert wurde. Nach einem Dank an SA-, SS- und Stahlhelm sagte der Ministerpräsident unter Hinweis auf den Eindruck der Friedensrede Hitlers im Reichstag: „Die Ehre und die Freiheit sind das Fundament Preußens, und Preußen ist da Fundament Deutschlands!“

### Die Aussprache

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde immer wieder von begeisterten Zustimmung der Mehrheit des Hauses begleitet. Am Schlusse wurde dem Ministerpräsidenten ein dreifaches Siegel dargebracht. Als für die Sozialdemokraten der Abg. Szillat in einer formulierten Erklärung das Ermächtigungsgesetz ablehnte und dabei u. a. sich über mangelnde Gleichberechtigung beklagte, antwortete ihm der Führer der nationalsozialistischen Preußenfraktion, Abg. Kubbe, mit der Frage, mit welchem Recht die Sozialdemokraten es wagten, von Gleichberechtigung zu sprechen. Erinnerte dann an die Unterdrückung der Nationalsozialisten unter den von den Marxisten geführten Regierungen und kam zu dem Schluss, daß die von ihm geführte Mehrheit dieses Hauses nicht willens sei, eine derartige Provokation wie die heutige Rede des sozialdemokratischen Sprechers noch einmal hinzunehmen. Sich schämen und schweigen, seien jetzt die Aufgaben der SPD.

Dr. v. Winterfeld (Dtn.) gab in kurzer formulierte Erklärung die Zustimmung der Deutschen Nationalen zum Ermächtigungsgesetz bekannt. Vom Zusammenspiel der nationalen Führer und Gesellschaft erwarteten die Deutschen Nationalen schnellste Wiedererstärkung des preußischen States, wie er einst von den Hohenzollern geschaffen wurde.

Ohne weitere Aussprache wurde das Ermächtigungsgesetz dann mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Präsident Kerrl schloß die Sitzung. Die Nationalsozialisten stimmten zum Schlus das Horst-Wessel-Lied an.

gegen ihn bei der preußischen Regierung so zahlreich eingelaufen, daß diese seine Versetzung nach Hannover verfügt habe. Daraufhin habe er seinen Abschied genommen. Am 1. Juli 1922 sei er zum geschäftsführenden Vorsitzenden des preußischen Landgemeindeverbands gewählt worden. Dr. Gereke äußerte sich dann über seine Tätigkeit in dieser Stellung. Die sogenannten Roggenpenden seien nicht, wie die Anklage behauptet, in seine eigene Tasche geflossen, sondern aus ihnen sei die gesamte Organisationsarbeit bestritten worden.

Auf die Frage nach der Entstehungsgeschichte der Umlage erwiderte der Angeklagte Dr. Gereke, er sei keineswegs der Anreger dieser Umlage gewesen. Sie sei ihm vielmehr gegeben von seinen politischen Gegnern im Verbande aufgezwungen worden. Die Vertreter der sozialistisch orientierten Landgemeinden hätten daran Anstoß genommen, daß in den Bilanzen hinter dem Betrage seiner Aufwandsentschädigung immer in Klammern die Worte standen „nicht ausgezahlt“. Sie hätten darauf gedrungen, daß die Verpflichtung des Verbandes abgedeckt werde und darum die Umlage durchgebracht, über deren voraussichtlichen Ertrag man bei ihrer Auszahlung kein klares Bild haben konnte. Auf die Frage, warum er denn nicht das ihm zustehende Gehalt vom Verband angefordert habe, erwiderte der Angeklagte Dr. Gereke: Ich habe darauf verzichtet, solange die Finanzen des Verbandes nicht besonders gut waren. Alles, was ich sonst vom Verband eingezogen habe, galt auch nicht meinen persönlichen Bedürfnissen, sondern ausschließlich meiner politischen Arbeit. Diese politische Tätigkeit steht mir in erster Linie und dann kommen meine persönlichen Bedürfnisse noch lange nicht, denn ich bin eine sehr bescheidene Lebensweise gewöhnt.

### Der „Osservatore Romano“ über die Ernennung Dr. Brünings zum Zentrumsführer

Rom, 18. Mai. Anlässlich der Ernennung Dr. Brünings zum neuen Vorsitzenden und Reichsführer des Zentrums ist, wie der „Osservatore Romano“ in einem redaktionellen Artikel ausführt, die Stellung des Zentrums durch Abgabe einer klaren und unzweideutigen Erklärung klar gestellt worden. Drei Grundsätze seien in diesem Manifest über die neue Zentrumspolitik aufgestellt: Der moralische Grundatz der Freiheit und Würde des einzelnen Individuums; ein ausgesprochen politischer Grundatz über die Aufrichtigkeit des Zentrums bei seiner Zusammenarbeit mit dem neu geordneten Staat in allem, was das nationale Interesse betrifft; und schließlich der organisatorische Grundatz einer Konzentration aller leitenden Aemter in der Person des früheren Reichsanzagers Brüning, der den Auftrag zur Reorganisation der Partei erhält.

Die Erklärung ist, wie das Blatt des Battans hingibt, ein Dokument moralischer Würde und politischer Aufrichtigkeit; sie werde sicherlich auf die weitere Orientierung der Zentrumspolitik einen geringen Einfluß haben.

### Der Abrüstungsausschuss tritt erst Freitag nachmittag zusammen

WDB, Genf, 18. Mai. Die Delegationen auf der Abrüstungskonferenz haben heute früh die schriftliche Mitteilung Hendersons bekommen, daß der Hauptausschuss der Abrüstungskonferenz statt wie vorgesehen am Donnerstag, am Freitagabend zusammenentreten werde. In dem Schreiben weist Henderson ausdrücklich auf die große Bedeutung der Erklärungen Roosevelt's und Hitlers hin. Er spricht weiter von der Möglichkeit, daß Botschafter Nadolny vielleicht am Freitag in der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz auf Grund der Erklärungen des Reichsanzagers den Standpunkt der deutschen Regierung zu den auf der Tagesordnung stehenden Fragen darlegen werde.

In Kreisen der Abrüstungskonferenz rechnet man mit der Möglichkeit, daß in nächster Zeit in Genf eine Zusammenkunft von bevollmächtigten Vertretern der fünf Großmächte (Deutschland, Italien, Frankreich, England und Vereinigte Staaten) stattfinden werde.

### Berichtigung der Deviseenüberwachungsbestimmungen im Reich

Leideraus schreibt die Gepäckkontrolle. Berlin. Zur Deviseenverordnung wird eine vierde Durchführungsverordnung erlassen, durch die die Auslandsreisen deutscher Passbärsche zur Verhinderung eines unkontrollierten Rückflusses nach dem Innlande in die Deutschenbewirtschaftung einbezogen werden. Ferner werden die ins Ausland Reisenden selbst und das mit ihnen mitgeführte Gepäck als auch alle ins Ausland ausgegebenen Sendungen in Eisenbahn-, Schiff-, Luf- und Postverkehr einer strengen Kontrolle unterworfen, die sich aus Sendungen aller Art erstreckt. Die Kontrollen finden entweder bei der Auslieferung der Sendungen oder während ihrer Beförderung statt. Deviseenvergehen werden außer mit hohen Geldstrafen mit Zugangs und unter Umständen mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren geahndet.

## Der ehemalige Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung vor seinen Richtern

### Beginn des Prozesses gegen Dr. Gereke.

Berlin, 18. Mai (END). Der Prozeß gegen den früheren Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Landrat a. D. Dr. Günther Gereke, der beschuldigt ist, in der Zeit seiner Verwaltung des Verbandes der Deutschen Landgemeinden und bei der Leitung des für die Wahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg aufgestellten Komitees Untreue und Verstöße verübt zu haben, nahm heute vormittag vor der 8. Strafkammer des Landgerichtes I seinen Anfang. Neben Dr. Gereke ist der frühere Verbandssekretär Artur Freigang angeklagt. Der Angeklagte Dr. Gereke wird von Rechtsanwalt Langbehn, der Angeklagte Freigang von Rechtsanwalt Dr. Lorenz verteidigt. Für die heutige Verhandlung sind noch keine Zeugen geladen. Landgerichtsdirektor Erone, der Leiter des Korruptionsdezernates im Preußischen Justizministerium, wohnt der Verhandlung bei.

Zu Beginn der Verhandlung gibt Landgerichtsdirektor Erone eine Darstellung des Falles: Der Angeklagte Gereke hat erklärt, daß er von der Zeit der Gründung des Verbandes bis zum Jahre 1928 die ihm zufallende Aufwandsentschädigung nicht entnommen und auch sonst kein Entgelt für seine Tätigkeit im Verbande erhalten habe. Diese Angaben seien unrichtig gewesen, denn er habe sich durch seinen Sekretär Freigang seine Ansprüche auf die Aufwandsentschädigung für die Zeit vom 1. Juli 1922 bis Ende 1925 berechnen lassen und dafür 42 000 Mark entnommen. Er habe auch später noch eine Umlage, die zugunsten notleidender Gemeinden vorgenommen worden sei, für sich verwendet. Dieser Betrag habe sich auf etwa 32 000 Mark belaufen. Außerdem habe er noch im Gegenjahr zu seinen Angaben 10 000 Mark auf andere Weise erhalten. Von dem Geld des Hindenburg-Wahlkomitees habe Dr. Gereke groß

Summen für Wahlpropaganda zw. auf Bankkonten übergeschrieben lassen, deren Verwalter der Angeklagte Freigang war und deren Inhaber Tochtergesellschaften des Landgemeindeverbandes waren, der vollständig unter dem Einfluß Dr. Gerekes stand. Für den ersten Wahlgang seien 685 000 Mark, für den zweiten Wahlgang 706 000 Mark überwiesen worden. Da die Beiträge für die genannten Zwecke nicht restlos verbraucht worden seien, habe sich ein Überschuss von insgesamt 452 000 RM ergeben. Mit Hilfe des Anwalt Langbehn, der Angeklagte Freigang habe sich Gereke unter der Verteilung, ordnungsgemäß, aber auf diskrete Weise veranschlagte Gelder nicht öffentlich belegen zu können, vor einer Druckerei in Berlin quittieren Rechnungen über in Wahrheit nicht geleistete Arbeiten in Höhe von 481 000 RM beschafft und an Hand dieser Rechnungen dem Hindenburg-Ausschuss seine Abrechnung vorgelegt. Aufatt der obengenannten Überschüsse habe die Abrechnung dann Fehlbeläge aufgewiesen.

Dr. Gereke schilderte in seinen Darlegungen vor dem Gericht zunächst seinen Werdegang. Der Angeklagte, der 1893 auf dem väterlichen Gut Gruna geboren ist, trat kurz vor dem Referendarexamen bei Ausbruch des Krieges als Freiwilliger bei den Torgerauen ein, wurde an der Ostfront schwer verwundet und 1915 als dienstuntauglich entlassen. Mit 22 Jahren wurde Gereke der jüngste Bürgermeister der kleinen Stadt Meyenburg. 1919 wurde er zum Landrat des Kreises Torgau gewählt, war also mit 25 Jahren Preußens jüngster Landrat. Da infolge seiner Werbearbeit bei den Reichstagswahlen von 1921 im Kreise Torgau die deutschnationalen Stimmen um das Sechstel gestiegen seien, seien die Zuzeichen der Linken

# Das preußische Ermächtigungs-Gesetz

Bei dem Ermächtigungs-Gesetz für die Preußische Staatsregierung handelt es sich um einen verhältnismäßig kurzen Gesetzentwurf, der aber der Staatsregierung die Möglichkeit geben soll, alle im Interesse der Staatswohlfahrt notwendige Gesetzgebungsarbeit ohne irgendwelche parlamentarischen Hemmungen durchführen zu können. Der Entwurf bestimmt, daß die vom Staatsministerium auf Grund des § 1 des vorläufigen Gesetzes zur Gleichsetzung der Länder mit dem Reich (vom 31. März 1933) erlassenen Gesetze auch zu anderen als den im § 2 dieses Gesetzes genannten Zwecken verwendet werden dürfen. § 1 des erwähnten Reichsgesetzes ermächtigt die Landesregierungen, außer in den in den Landesverfassungen vorgesehenen Verfahren Landesgesetze zu beschließen. Dies soll nach der Reichsermächtigung auch für den Haushaltspolitik gelten, den also die Landesregierung gleichfalls ohne Beteiligung der Landesparlamente verabschieden kann. Weiter soll es gelten für die Rechtsprechung bzw. für Sicherheitsleistungen. Auch sind die Landesregierungen in dem § 1 des Reichsgesetzes ermächtigt, über die Ausfertigung und Bekanntmachung der von ihnen beschlossenen Gesetze bestimmungen zu treffen. § 2 des erwähnten Reichsgesetzes schreibt nun jedoch eingehend vor, daß die von den Landesregierungen auf Grund der Reichsermächtigung beschlossenen Landesgesetze nur insofern von der Landesverfassung abweichen können, soweit es sich um die Neuordnung der Verwaltung giebt.

der Gemeindeverwaltung und um die Neuordnung der Zuständigkeiten handelt. Die der preußischen Regierung erteilte Ermächtigung geht über diese Einschränkung hinaus, indem sie zum Ausdruck bringt, daß die Staatsregierung befugt sein soll, auch solche Gesetze von sich aus ohne weiteres zu verfügen, die zu anderen als den im § 2 des Reichsgesetzes genannten Zwecken verabredet werden sollen.

Weiter sieht das preußische Ermächtigung folgerichtig vor, daß eine Reihe von Bestimmungen der preußischen Verfassung auf die vom Staatsministerium beschlossenen Gesetze keine Anwendung finden sollen. Insbesondere sollen gegen diese Gesetze Volksbegehren (Art. 6 der preußischen Verfassung) nicht eingeleitet

werden dürfen. Auch werden die Verfassungsbestimmungen von der Einwirkung auf die Gesetzgebung der Staatsregierung ausgeschlossen, die sich auf die Beteiligung des Landtags an der Gesetzgebung beziehen. Weiter wird das Staatsministerium von der Verpflichtung befreit, vor Einbringung von Gesetzesvorlagen den Staatsrat gutachthalig zu hören. Dem Staatsrat wird die Ermächtigung entzogenen (Art. 40 Abs. 3), Gesetzesvorlagen durch das Staatsministerium an den Landtag zu bringen. Auch beim Erlass von Ausführungsverordnungen zu Reichs- oder Staatsgesetzen braucht die Regierung nach der Ermächtigung den Staatsrat nicht mehr zu hören. ebenfalls hat der Staatsrat kein Einspruchsrecht gegen von der Regierung beschlossene Gesetze. Schließlich werden die Art. 60 bis 62 der preußischen Verfassung von der Einwirkung auf die von der Regierung beschlossenen Gesetze ausgeschlossen. Es handelt sich dabei um die Vorschriften, wonach Gesetze nur mit Zustimmung des Landtages verkündet werden dürfen usw. Das preußische Ermächtigungsgebot, das bereits mit seiner Bekanntmachung in Kraft treten soll, soll mit Ablauf der laufenden Wahlperiode des Landtages, vereinbart mit dem 1. April 1937, wieder außer Kraft treten.

## Luftschutzunterricht in allen Schulen

Berlin, 18. Mai. Zwischen dem Luftfahrtministerium und den Kultusministern der deutschen Länder schwanken, wie das VDZ-Büro meldet, zurzeit Verhandlungen über die Einführung eines obligatorischen Luftschutzunterrichtes in allen deutschen Schulen. In einzelnen Schulen wird gegenwärtig bereits ein vorläufiger Unterricht erteilt. Das geschieht aber nur

auf die Initiative einzelner Schulleiter hin. Das Ziel der Verhandlungen des Reiches mit den Ländern ist nun, die Unterweisung der Jugend in die Gefahren des Luftangriffes und im Verhalten bei Luftangriffen in den Lehrplan aller deutschen Schulen aufzunehmen. Dabei dürfte es sich sowohl um theoretische Ausklärung wie auch um praktische Übungen handeln, die etwa im Anschluß an den Turnunterricht stattfinden könnten.

## Noch keine Entscheidung über die Besetzung des Bischofsstuhls zu Münster

Berlin, 18. Mai. Über die Neubesetzung des bischöflichen Stuhles zu Münster ist in Blättermeldungen berichtet worden, daß Domkapitular Häffner, Berlin, nunmehr zum Bischof von Münster ernannt worden sei. Wie der Katholische Nachrichtendienst des Consilios hierzu von besonderer Seite erfährt, eilen diese Meldungen zumindest den Tatsachen voraus. Die Entscheidung über die Besetzung des bischöflichen Stuhles zu Münster ist noch nicht gefallen.

## Der Abschluß des russisch-französischen Nichtangriffspaktes

Paris, 18. Mai. Die Kammer hat heute nachmittag die Debatte über den Gesetzentwurf, durch den sie ihre Befriedigung über den Abschluß des französisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes ausdrücklich betont und erklärt, daß dieser Vertrag zu gemeinsamem Nutzen Europas die Organisation des Friedens verstärke, durch Annahme dieses Entschließungsentwurfs mit allen 52 abgegebenen Stimmen abgeschlossen. Etwa 80 Abgeordnete haben sich der Stimmabgabe enthalten.

Gegen Schluß der Debatte begrüßte Außenminister Paul Boncour den Abschluß des französisch-russischen Nichtangriffspaktes und erklärte, Frankreichs Politik bestehende darin, seine Bündnisse zu erweitern, ohne jemals auf die früher abgeschlossenen Bündnisse zu verzichten.

## Zusammenschluß der lutherischen Landeskirchen Deutschlands

Einsetzung eines Direktoriums.

Berlin, 18. Mai. Der Evangelische Pressediest teilt mit: Ein bedeutender Schritt zur kommenden Kirchenunion ist getan. Die sämtlichen evangelisch-lutherischen Landeskirchen Deutschlands haben sich zusammenge schlossen. Der Zusammenschluß ist, wie der Evangelische Pressediest erfährt, auf der Grundlage des folgenden Statutes vollzogen worden:

S. 1. Die lutherischen Landeskirchen Deutschlands schließen sich zur Wahrung und Vertretung ihres gemeinsamen lutherischen Bekenntnisses und zur Förderung der daraus sich ergebenden gemeinsamen Aufgaben zu einem lutherischen Zweig innerhalb der werdenden deutschen evangelischen Kirche zusammen unter Vorbehalt der Zuständigkeit der einzelnen Kirchen im übrigen.

S. 2. Zur Wahrung der im § 1 bezeichneten Zwecke wird ein Direktorium gebildet, bestehend aus je zwei Vertretern der Süddeutschen, der mitteldeutschen und der niederdeutschen lutherischen Landeskirchen, die aus ihrer Mitte einen Vorsitzer bestellen.

S. 3. Im Rahmen der Zwecke des § 1 ist das Direktorium zuständig: 1. zur Vertretung der Landeskirchen, 2. zur Aufstellung allgemeinen Grundsätze für die Ordnung des kirchlichen Lebens.

In das Direktorium wurden die Vertreter der bayerischen, der württembergischen, der thüringischen, der sächsischen, der hannoverschen und der schleswig-holsteinischen Kirchen gewählt. Zum Vorsitzer wurde Landesbischof Dr. Meiser in München bestellt.

## Reichsminister Dr. Göbbels über den deutschen Film

Berlin, 18. Mai. In einer Massenversammlung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, Fachgruppe 10, in den Tennishallen sprach Donnerstag abend Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Göbbels über den Film. Er führte etwa aus: Wie alle Gebiete der öffentlichen Betätigung kann auch der Film sich der geistigen und politischen Umweltung der deutschen Revolution nicht entziehen. Wir wollen der deutschen Kunst eine neue Lebensbasis schaffen.

Wir wollen nicht in die innere Gesetzmäßigkeit der Kunst eingreifen, sondern der künstlerischen Betätigung freie Entwicklung gewähren,

damit sie die künftige Dienerin und Förderin menschlichen Geistes- und Gemütslebens sein kann. Der heutige Film ist größtenteils nicht Kunst, sondern bloßester Gesellschaftsflüssig.

Der Minister erklärte weiter, er werde in Kürze mit einem großzügigen Finanzierungsprojekt für die Ankurbelung der deutschen Filmwirtschaft sorgen. Der künftige Film müsse typisch deutsches Leben zur Darstellung bringen. Der deutsche Film müsse sein eigenes Gesicht bekommen und sich nicht mehr in einer blinden und geistlosen Nachahzung ausländischer Beispiele bewegen.

## Die Angestelltenräume

Berlin, 18. Mai. Der vom Reichslandrat und Schirmherrn der deutschen Arbeitsfront Adolf Hitler ernannte Führer der Angestelltenräume innerhalb der deutschen Arbeitsfront, Gauleiter Albert Forster, hatte für heute vormittag die Vertreter aller deutschen Angestelltenverbände nach Berlin zusammenberufen.

Forster schüberte den bisherigen Zustand in der Arbeitnehmerbewegung unter politischem Gesichtswinkel und gab sodann in großen Zügen einen Überblick über

das Ziel des gewerkschaftlichen Neubaus und die organisatorische Durchführung. Die gesamte Angestelltenhaft

des Präsidenten der Vereinigten Staaten hat der Reichspräsident heute das folgende Telegramm an Präsidenten Roosevelt gerichtet: „Mit aufrechtigem Dante befägtige ich den Empfang Ihrer mit telegraphisch übermittelten Botschaft. Diese Kundgebung, in der Sie der Welt den Weg für die Behebung der internationalen Krise zeigen, hat in ganz Deutschland starke Widerhall gefunden. Die Erfahrungen, die der deutsche Reichskanzler gestern mit eindrücklicher Zustimmung des Deutschen Reichstages abgegeben hat, beseitigen, daß Deutschland gewillt ist, an der Überwindung der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gegenwart mitzuwirken.“

## Die Antwort des Reichspräsidenten an Präsidenten Roosevelt

WTB. Berlin, 18. Mai. Als Antwort auf die Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten hat der Reichspräsident heute das folgende Telegramm an Präsidenten Roosevelt gerichtet: „Mit aufrechtigem Dante befägtige ich den Empfang Ihrer mit telegraphisch übermittelten Botschaft. Diese Kundgebung, in der Sie der Welt den Weg für die Behebung der internationalen Krise zeigen, hat in ganz Deutschland starke Widerhall gefunden. Die Erfahrungen, die der deutsche Reichskanzler gestern mit eindrücklicher Zustimmung des Deutschen Reichstages abgegeben hat, beseitigen, daß Deutschland gewillt ist, an der Überwindung der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gegenwart mitzuwirken.“

Landtagsfraktion leisten lassen und betätigen, mögen sie noch so hohe Posten im Staat bekleiden.

## Die Arbeiten des Genfer Effektivausschusses

Genf, 18. Mai. Der Effektivausschuß der Abstimmungskonferenz hat heute in seinem technischen Kommunikat die Einzeluntersuchung über die vormalitäre Ausbildung fortgesetzt. Es wurde u. a. die Frage der Schule in den Tschechoslowakei beraten. Ein Antrag, der diese Formationen gleichzeitig bei der Effektivität der tschechoslowakischen Armee in Anrechnung bringen wollte, ist vom Ausschuß fast einstimmig abgelehnt worden. Der deutsche Delegierte hat sich der Stimme enthalten.

## Die „Volksstimme“ u. Berliner Arbeiterbank

In einer nationalsozialistischen Versammlung in der Messehalle am Sonnabend hatte sich der Gauleiter Horster mit den Vorgängen befaßt, die zur Übernahme des Gewerkschaftsgedächtnis der Freien Gewerkschaften geführt hatten. Zu den Ausführungen, die er im Zusammenhang hiermit über die finanziellen Verpflichtungen der „Danziger Volksstimme“ gemacht hat, veröffentlicht die „Volksstimme“ in ihrer gestrigen Ausgabe

eine Erklärung,

in der es u. a. heißt:

Zur Finanzierung ihres Neubaues und zur Anschaffung modernster Maschinen nahm die „Danziger Volksstimme“ vor einiger Zeit bei der Arbeiterbank in Berlin ein Darlehen in Höhe von 50 000 M. auf, das ordnungsgemäß zurückgezahlt wurde. Zur Anschaffung weiterer Maschinen wurde dann ein neues Darlehen aufgenommen, für dessen Rückzahlung Freistellung vereinbart wurden. Ansfang Mai teilte die Arbeiterbank der „Danziger Volksstimme“ noch mit, daß alles in Ordnung sei und die nächste Ratenzahlung Ende Mai erwartet werde. Wenige Tage später hatten die Nazis die Arbeiterbank in Berlin besetzt und auch das Konzil der „Danziger Volksstimme“ gefunden. Die neue Nazileitung der Arbeiterbank forderte sofortige Rückzahlung der gesamten Summe. Zugleich hat die Nazileitung der Arbeiterbank ihre Forderungen gegen die „Volksstimme“ Horster übertragen. Horster fordert nun von der „Volksstimme“ die sofortige Zahlung der Gesamtsumme. Vollig zu unrecht, da durch das Schreiben von Anfang Mai die Arbeiterbank ausdrücklich feststellt, daß die nächste Ratenzahlung erst Ende Mai fällig ist.

Jemand hat dem Nazi Horster die eidesstattliche Versicherung abgegeben, daß aus den Räumen der „Danziger Volksstimme“ eine Schreibmaschine fortgeschafft worden sei, in der Absicht, die Forderung der Nazis an die „Danziger Volksstimme“ in Frage zu stellen. Die eidesstattliche Versicherung ist falsch, sämtliche Schreibmaschinen sind im Betrieb vorhanden. Aber auf Grund dieser eidesstattlichen Versicherung ist gegen die „Volksstimme“ ein Arrest herausgebracht. Die einen hohen Wert repräsentierenden Maschinen der „Danziger Volksstimme“ sind von einem Gerichtsvollzieher mit Arrest belegt worden, doch mit der ausdrücklichen Vereinbarung, daß der Besitz ununterbrochen seinem Vorgesetzten nimmt. Lediglich zur Sicherung der Naziforderung ist der Arrest angebracht. Dabei ist die „Forderung“ des Herrn Horster, die er nach der „Übernahme“ der Arbeiterbank durch die Nazis für sich zu erheben zu können glaubt (1) nicht im Verhältnis zu den Werten, die vorhanden sind.

Der Betrieb geht weiter und die „Danziger Volksstimme“ wird nach wie vor erscheinen. Gegen die Maßnahmen der Nazis sind sofort die entsprechenden gerichtlichen Schritte unternommen worden. Sie werden zweifellos zur Aufhebung des Arrestes führen, da eine wirtschaftliche Notwendigkeit für sich nicht vorhanden ist, sondern lediglich politische Motive, und zwar das Bestreben, die „Volksstimme“ abzuwürgen.“

## Franz und seine beiden Frauen

Unter der Anlage der Doppellehe vor den Strafrichtern.

Es war im Jahre 1910, als im Dorfe Beische im damaligen Russischen Polen, der 18 Jahre alte Franz Wigalny und die fünf Jahre ältere Jungfrau Marianna Goslaia im elterlichen Hause miteinander den Bund der Ehe schlossen. Man erzählt sich, daß sie das nicht aus freien Stücken taten, daß man sie für einander bestimmte, wie man zwei Tiere zu einemander tut. Wie man sagt, hatten sich die Eltern der beiden jungen Menschenkindern gegenseitig Geld gegeben — und so trugen sie die gegenseitige Schuld ab, indem sie ihre Kinder miteinander verheirateten.

Dem 18-jährigen Franz wurde die ganze Heiratsgeschichte überhaupt nicht so recht klar, die Eltern sagten ihm: du heiratest die Marianna vom alten Goslaia, nach weiterem hast du nicht zu fragen. Und Franz fragte auch nicht weiter nach Wie und Warum, er fand sich darin.

Nach der Hochzeit lehrte er wieder ins elterliche Heim zurück, pflegte die Felder und mischte die Ställe aus; um seine Frau kümmerte er sich herzlich wenig und sie tat desgleichen.

Im Jahre 1913 wurde Franz russischer Soldat und rückte in den Tagen des August 1914 als einer von den Hunderttausenden der russischen Dampfwalze in Ostpreußen ein. Ihm war der Krieg noch nicht so recht zum Bewußtsein gekommen, da geriet er schon in deutsche Gefangenshaft. Franz kam als knecht auf den Hof eines Besitzers in Daudendorf im Danziger Werder. Ihm gefiel es dort ganz ausgezeichnet; um Frau und Eltern scherte er sich den — — —, die sahen in Russland, und Russland ist weit.

Franz wollte schließlich auch nicht ganz die Liebe missen, ihm gefiel schon lange eine Daudendorfer Dirn, und als der Großkrieg zu Ende war, da erlor er sich das aussergewöhnliche Weib zum Weibe.

Und nun nach 14 Jahren kam es an den Tag, daß Franz schon einmal in Russland verheiratet war; er war also ohne die erste gelöst zu haben eine zweite Ehe eingegangen. Das Gesetz stellte sich ihm in den Weg, der Staat klage ihn der Doppellehe an.

Franz mußte sich deshalb gestern vor der ersten großen Strafkammer, der Landgerichtsdirektor Dr. Beurmann vorläßt, wegen Verbrechens gegen den § 171 des St. G. B. (Bigamie) verantworten. Franz erklärte, daß ihm es damals in Russland gar nicht zum Bewußtsein gekommen sei, daß er eine Ehe eingegangen war, er sei damals gerade erst 18 Jahre alt geworden, hätte auch niemals mit seiner Frau zusammengelebt, und er habe schließlich überhaupt nicht mehr an die Gültigkeit dieser Ehe geglaubt. Das Gericht war jedoch der Ansicht, daß Franz trotz seiner damaligen Jugend gewußt haben muß, daß er eine Ehe einging, zu der auch körperlich gezwungen worden sei. Es verurteilte Franz zu der Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis und gewährte ihm Strafauflösung bis zum 1. Juni 1936.

## Ein Kommentar des Staatsdepartements zur Rooseveltbotschaft

## Eine jüdische Petition an den Völkerbund

ON. Genf. Wie das „Journal Genève“ mitteilt, hat eine jüdische Delegation dem Direktor der Mindestenabteilung des Völkerbundessekretariats eine Petition überreicht, die sich gegen die deutsche Regierung und gegen Verwaltungsmethoden wendet, durch die das deutsche Judentum zurückgezogen ist.

Ein jüdischer Vertreter aus Oberschlesien überreichte ferner eine weitere Petition, die sich in ihrer Begründung auf Artikel 47 der Genfer Konvention stützt. Es wird behauptet, Deutschland habe diese Konvention durch die Behandlung des Judentums verletzt. Daß es sich bei der genannten Konvention um eine rein politisch-deutsche Angelegenheit handelt und daß die deutsche Gesetzgebung, soweit dadurch das Judentum berührt wird, eine innerdeutsche Angelegenheit ist, liegt auf der Hand. Die jüdische Vertretung ist also zur Einreichung ihrer Klage nicht aktiv legitimiert.

## Erwerbslose Parteigenossen sollen eingestellt werden

Berlin, 18. Mai. Die nationalsozialistische Fraktion des Preußischen Landtages hielt am Donnerstag unter dem Vorsitz des Abg. Kube eine Sitzung ab. Kube sprach zunächst ausführlich über die politische Entwicklung der letzten Monate und die sich anbahnende Politik in Preußen. Am Anschluß daran gab er die Beschlüsse des Fraktionsvorstandes bekannt. Wie das VDZ-Büro meldet, hat der Fraktionsvorstand einen Aufruf erlassen, in dem allen Fraktionsmitgliedern die Ausgabe gestellt wird, bis zum 15. Juli alle erwerbslosen Parteigenossen von der Mitgliedsnummer 1—100 000 in die Arbeit einzurichten. Jeder Abgeordnete wird verpflichtet, seine Kraft und Energie dafür einzugeben, daß diese erwerbslosen Parteigenossen sofort in angemessener Weise Beschäftigung erhalten. Zu diesem Zweck werden gleichzeitig alle erwerbslosen Parteigenossen innerhalb der genannten Mitgliedsnummern aufgefordert, sich bei ihren zuständigen preußischen Gau- und Kreisleitungen schriftlich zu melden. Kube unterstrich zum Schlusß die Ausführungen Adolf Hitlers in einer früheren Tagung, daß er das Recht, Führer der Nationalsozialisten zu sein, viel höher einschätzt als das Kanzleramt. In diesem Sinne, so betonte der Fraktionsführer, sollen sich auch die Mitglieder der

## Langfuhrs Wähler halten die Treue!

Große Zentrumskundgebung im überfüllten Saale von Kresin  
Pfarrer Fedtke und Dr. Stachnit als Redner.

Der Wahlkampf in Danzig ist in vollem Umsange entbrannt die Parteien haben die Waffen aufgenommen, um nun mit dem Einsatz der letzten Mittel, ihre Ideen zu verteidigen, für sie zu werben und ihre Anhänger mit einem neuen festen Band der Zugehörigkeit und Treue zu umschließen. Auch unsere Zentrumspartei steht wieder inmitten des lärmenden Ringens um die Wählerschaft. Überall überfüllte Zentrumssammlungen, überall begeisterte Männer und Frauen, begeistert für die großen heimischen Aufgaben unserer Partei, begeisterte Gefolgsleute des einstigen großen Kanzlers und Führers Brüning, begeisterte Anhänger seiner Politik. Man mag kommen wohin man will, in die Stadt, in die Vororte oder auf das Land,

überall das gleiche Bild:

überfüllte Zentrumssammlungen, tausende und abertausende von hoffnungsvollen und zuversichtlichen Zentrumsmännern und -frauen, überall frische, unverlebte Bekennnisser zu den Aufgaben und Zielen unserer Partei, auf den Lippen aller die stolze Parole: „Mit dem Zentrum für ein freies, deutsches Danzig!“

Wer am vergangenen Sonntag die große Kundgebung in der Sporthalle miterleben durfte, denn es war ein einzigartiges, unvergleichliches Erlebnis, aber wer Mittwoch an der politischen Kundgebung der vereinigten Zentrumssbezirke Langfuhrs im großen Saale des Kreisfinschen Lokales teilnahm, der wird sich wahrlich gefragt haben, gefragt haben müssen: Um unsre Sache steht es nicht schlecht, kann es nicht schlecht stehen, wenn tausende von katholischen Männern und Frauen treu zu ihrer Partei und ihrem Führer stehen. So mancher wird sich wohl der Augenblicke geschämt haben, da er zweifelnd den Kopf hängen ließ und sich resigniert die Frage vorlegte, ob er denn nicht auf verlorenem Posten stehe. Nein und abermals nein! Wer das glaubt oder geglaubt hat, der gehöre nur einmal in eine Zentrumssammlung; der Lebens- und Kampfesmut, der dort herrscht, wird ihm zweierlei mitgeben: die Zuversicht auf den Sieg unsrer Sache, den Glauben an die Wahrheit unsrer katholischen Weltanschauung.

Diese Lebens- und Kampfesmut erfüllte auch Herz und Sinn der meisten Männer und Frauen, die sich Mittwoch in Langfuhr zu der politischen Kundgebung der vier Langfuhrer Zentrumssbezirke einfanden, zu einer Kundgebung, die sich zu

einem begeisterten Treuebekenntnis zu Volk und Staat gesellte. Lebens- und Kampfesmut, Zuversicht und Treue, wenn die zu Eigen sind, der braucht wahrlich nicht zu bangen um den Sieg.

Pfarrer Fedtke,

umgeben von zahlreichen Windhorsibannern, sprach zu den Zentrumsmännern und -frauen Langfuhrs, sprach von den vier schweren Jahren des letzten Krieges, schilderte die Not und das Elend, die über das ausgehungerte deutsche Volk hereinbrachen, aufgewühlt und aufgepeitscht von Revolution und Bolschewismus.

Der Redner sprach dann von dem Bekennnis der deutschen katholischen Frau, der das höchste Verdienst kommt, das Gespenst einer Terrorherrschaft eines zügellosen Bolschewismus mit abgewehrt zu haben, sprach von dem heldenmütigen und verzweifelten Kampf der damaligen führenden Zentrumsmänner, die retteten, was noch zu retten war an kulturellen und religiösen Gütern des deutschen Volkes, die wenigstens da in die Speichen griffen, wo die Staatswagen abzufüren drohte, wenn sie ihn auch niemals allein führen konnten.

Und weiter:

Die Gottlosenbewegung ist nicht erst nach dem Kriege, in den 14 Jahren des sogenannten „Systems“ entstanden,

nein, ihre Wurzeln reichen weiter zurück, zurück in die Jahre des Liberalismus und Freidenkerums, in die Zeit, wo ein Hädel glaubte die Auffentheorie wieder neu propagieren zu müssen. Unser armes Volk muß jetzt unter dem Polizeiknüppel die Suppe annehmen, die sogenannte gelehrte Professoren eingebroten haben.

Von dem Wirken der Zentrumspartei sprach dann Pfarrer Fedtke, von schwerer, verantwortungsvoller Arbeit in den Jahren nach dem großen Kriege, da unser Volk vor dem vollen Krieg stand, von der Arbeit um Erneuerung von wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Gütern, von der Arbeit, die christliche, nationale Arbeiter herangebildet, denen es zu verdanken ist, daß der Franzmann wieder heraus mußte aus dem Ruhrgebiet. Sprach dann von den Aufgaben der Zentrumspartei in den gegenwärtigen Tagen, von den Aufgaben, die darin liegen, für die Rechte und Freiheit

Danzigs einzutreten und mitzubauen an der Erneuerung von Volk und Staat.

Der Landesführer Dr. Stachnit

ergriff dann ebenfalls das Wort. Sprach von der Größe und Schwere unserer Aufgaben in diesem Wahlkampfe und weiter in der Zukunft. Es gelte jetzt, eine letzte Entscheidung herbeizuführen, um die die Zentrumspartei nicht zu bangen brauchte. Sie habe das Führerproblem nicht zu lösen brauchen, weil Führer und Gesellschaft durch lange Jahre tren zueinander gestanden sind nach dem heben Grundsatz: Treue um Treue. Wir könnten der Überzeugung sein, daß die Zentrumspartei gestärkt aus diesem Wahlkampf hervorgehen werde.

Windhorsbund-Führer Riedel rief dann ebenfalls noch in kurzen Worten Jugend und Alter zum Kampf auf für die Ideen der Zentrumspartei.

Die Versammlung, die den Rednern mit starkem Beifall dankte, nahm zum Schluss noch folgende

Entschließung

an: Die vereinigten Bezirke Langfuhrs der Zentrumspartei Freie Stadt Danzig bitten den Senat, anlässlich der zehnten Wiederkehr des Tages der Errichtung Schlageter's am 26. Mai d. J. eine Straße in Langfuhr Albert-Schlageter-Straße zu benennen.

Das Deutschlandlied bildete den Abschluß dieser Kundgebung, die zu einem begeisterten Treuebekenntnis wurde zur Zentrumspartei und unserer katholischen Weltanschauung, zu einem Bekennnis zu Brüning und seiner Politik, zu einem Bekennnis zu Volk und Staat.

### Der Danziger „Stahlhelm“

als selbständiger Gau.

Eine Anordnung des Stahlhelmsführers Seldte.

Der „Stahlhelm“ übermittelte uns eine Botschaft, in der es u. a. heißt:

Der Bundesführer des „Stahlhelm“ B.d.F. hat folgenden Befehl erlassen: „Hiermit erhebe ich den Gau Danzig, bisher dem Landesverband Ostpreußen unterstellt, zum selbständigen Gau und verleihe dem Gauführer, Kameraden Burkhardt, die Amtsbezeichnung Landesführer. Ich weiß, daß die Anerkennung den Danziger Kameraden ein Ansporn zu weiterem freudigem Eifer in ihrer schwierigen Arbeit für einen der wichtigsten deutschen Grenzposten sein wird.“ In Ausführung dieses Befehls ist also der Gau Danzig dem Bundesführer Franz Seldte unmittelbar unterstellt.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß der Gau Danzig nach wie vor den Befehlen des Bundesführers unterworfen ist. Der Gau erkennt die obere Führung durch Adolf Hitler voll an, er hat unbedingtes Vertrauen zu seinen Führern, einschl. Adolf Hitlers, er will nicht die Macht im Staat, sondern den maßvollen Staat durch strenge Führung und echte Volksgemeinschaft.

### Die reichsdeutschen Bankoberbeamten in Danzig.

Die Vereinigung der Oberbeamten im Bankgewerbe Deutschlands heißt, wie bereits mitgeteilt, in Ausführung eines im vergangenen Jahre aus Gründen nationaler Verbundenheit mit dem deutschen Danzig geschaffenen Beschlusses die diesjährige Hauptversammlung am 13. Mai in Danzig ab.

Diese Vereinigung ist im Jahre 1919 nach der Novemberrevolution im antimarxistischen Abwehrkampfe gegen die gleichmäßigen Strömungen zur Erhaltung der geistig-schöpferischen Stellung des arbeitsleitenden Bankbeamten gegründet worden. Sie ist die alleinige Vertretung aller arbeitsleitenden Angestellten im Bankgewerbe. Im ständigen Aufbau hat sie sich der Vela (Vereinigung der leitenden Angestellten) als ihrer Spitzenorganisation angeschlossen.

### Aus dem Werder.

Einen seltenen Fund machte dieser Tage Landwirt Heidebrecht in Platenhof. Als er in die Scheune ging, entdeckte er plötzlich einen Fuß im Scheunenbach. Da der Verjüche, ihn lebend einzufangen, fehlgeschlagen, mußte Reinheits es war eine Fähe — wohl oder übel sein Leben lassen. Bald wurde auch der ganze Fuß gefunden, der aus neu niedlichen Füßlein bestand. Sie wurden nach dem Schützenhausgarten in Platenhof gebracht.

Bei der in der Generalversammlung erfolgten Neuwahl des Vorstandes der Fischereigenossenschaft Stuba sind auf die statutenmäßige dreijährige Wahlzeit gewählt bzw. wiedergewählt worden: Hofbesitzer Emil Gründemann in Stuba zum Vorstand, Hofbesitzer Heinrich Penner in Stuba zum stellvertretenden Hofbesitzer, Hofbesitzer Erich Dösch in Stuba zum Kassenführer. — Der Sattler Walter Epp aus Groß-Lesewitz ist zum stellvertretenden Amtsdiener und Vollziehungsbeamten des Amtsbezirks Lesewitz bestellt worden. — Der Hofbesitzer Erich Lehr und der Arbeiter Martin Wolff aus Trampenau sowie der Instmann Johann Hirschfeld aus Lesewitz sind als Familienälter in den Schulvorstand der Schule in Trampenau gewählt worden.

12<sup>50</sup>  
12<sup>45</sup>  
13<sup>45</sup>  
11<sup>45</sup>

Braun  
echt Boxcalf  
Herrenhalbschuhe

Braun  
Boxcalf  
und Kroko

Braun  
Boxcalf  
und Kroko

**Wir verkaufen Pfingstfreude!**

Oder ist es etwas anderes, wenn Sie bei uns zu derart geisternd niedrigen Preisen Schuhe kaufen können, die Sie jung frisch und modern aussehen lassen?

**Werner**  
Danzig Langfuhr Zoppot

Jeden Tag gehen bei uns Neuheiten ein.

## Die Brüder

Ein Roman von Johannes Heinrich Braach, Hildburghausen.

(Nachdruck verboten!) (14)

Diesen Hünen, gefügt und auf unrechtschaffene Weise erprobt in Rauferei, griff Gabriel an. Hingen entstand, es war, als ob die Stämme zweier Bäume den Bann des Stilllebens gebrochen und zu lebendigem Kampfe bewegungsfähig geworden wären. Der auf der Straße eisartig gewordene Boden erdröhnte unter den Stampfen, holt verlangenden Wucht der Fingern der Jäger.

Keine Antwort erscholl. Man besann sich auf den Ernst der Fahrt und wurde schweigsam.

In Meinungen angelommen, unternahmen die

Halder alle möglichen Schritte. Gegen die mittlerweile auch vom Staatsamt getroffene Anordnung, Karl in Untersuchungshaft zu nehmen, half aber keine Einwendung, keine Versicherung der Unschuld und kein Schwur.

Die Brüder mußten sich in das Unvermeidliche fügen.

Als Gabriel am Abend spät nach Hause kam, hörte er, daß Gell auf dem Hofe war und sein Mündel mitgenommen hatte. Das Mädel wollte nicht folgen, hält sich aber seinem Brüder hängen müssen.

Gimam kam sich der Halder vor. Der Bruder verhaftet, die Mutter tot, Knechte und Mägde mürrisch, und kein Mensch um ihn, der ihm ein Wort der Milde und der Zuversicht gespricht hatte. Grau und düster die Schattenherre der Nacht, grau und düster die Stimmung, in der er sich befand, und grau und düster das Walten einer unerhörlichen Fügung, die grausam mit ihm und seinen Verwandten gespielt hatte.

„Wie kommt du auf die Idee, mit dem Kauler anzubinden?“

„In Gells Sippshäst, in der Bande, die sich ver-

sammelt hatte, uns einen verhängnisvollen Streich zu spielen, bildete er die körperliche Führerschaft der in Angriff gesetzten Helden. Zugem geht eine alte Wette um, ob er stärker wäre, oder ich. Die Entscheidung mußte Interesse erwecken, trotzdem ich mich seit Jahren nicht mehr in dem Thiergeiste gefiel, stark zu sein. Ich bin kein Jungling mehr.“

„Wenn du auf den Erler gedrungen wärst?“

„Wäre ihm die erlauchte Gesellschaft zu Hilfe gekommen, denn sie durfte mit Belohnung rechnen. Zugem ich mich mit Gell treffen? Nie — dachte überhaupt nicht, daß ich jemals eine derartige Auseinandersetzung notwendig hätte.“

„Sagt ihr, wie der Gaffer im Hintergrunde blieb?“

„Keine Antwort erscholl. Man besann sich auf den Ernst der Fahrt und wurde schweigsam.

In Meinungen angelommen, unternahmen die

Halder alle möglichen Schritte. Gegen die mittlerweile auch vom Staatsamt getroffene Anordnung, Karl in Untersuchungshaft zu nehmen, half aber keine Einwendung, keine Versicherung der Unschuld und kein Schwur.

Die Brüder mußten sich in das Unvermeidliche fügen.

Als Gabriel am Abend spät nach Hause kam, hörte er, daß Gell auf dem Hofe war und sein Mündel mitgenommen hatte. Das Mädel wollte nicht folgen, hält sich aber seinem Brüder hängen müssen.

Gimam kam sich der Halder vor. Der Bruder verhaftet, die Mutter tot, Knechte und Mägde mürrisch, und kein Mensch um ihn, der ihm ein Wort der Milde und der Zuversicht gespricht hatte. Grau und düster die Schattenherre der Nacht, grau und düster die Stimmung, in der er sich befand, und grau und düster das Walten einer unerhörlichen Fügung, die grausam mit ihm und seinen Verwandten gespielt hatte.

Am nächsten Morgen hätte Gabriel einer Holzversteigerung beiwohnen und Vorlesungen zum Begräbnis treffen müssen. Er beträute aber mit der einen Aufgabe Philipp, mit der anderen den Großknecht, und ritt selbst zum Pilgerhof hinüber. Mit seiner Brüder wollte er sprechen und sich die Erquickung ihres Beleids und Mitgefühls schenken. So verlegt war sein

Fuß, so zerkrümpt und so von Schmerzen durchdrungen.

Er erschien den Gruß der Geliebten und war enttäuscht, als Mutter Betti ihm sagte, daß ihre Tochter verreist sei.

„Verreist?“ forschte er bestürzt.

Gestern abend kam ein Telegramm von meiner Schwester. Sie ist frank geworden und bedarf der Hilfe. Ihr Mann ist Postbeamter in Jena. Vier Kinder sind da. Zuerst wollten wir Margot nicht gehen lassen, nach einiger Überlegung aber sandten wir sie doch. Deine Mutter ist gestorben, Gabriel, und eigentlich hätte sie bei der Beerdigung dabei sein müssen, trotzdem — — —“

„Bei der Beerdigung dabei sein müssen“, wiederholte der Halder und wurde von neuem Leid erfüllt.

Allein wegen der Beerdigung sollte Margot hier bleiben? Nicht jedenwegen, nicht deswegen, weil gerade er in den Tagen der Trauer und der schrecklichen Not um des Bruders Bedrängnis das Zeugnen einer lieben Fürsorge notwendig hatte? Nicht ihres Brüder, verließ sie?

„Bei der Beerdigung dabei sein müssen“, wiederholte der Halder und wurde von neuem Leid erfüllt.

„Was hat dir meine Frau gesagt?“

„Gefragt?“

„Sie muß doch Gründe dafür angegeben haben, daß Margot verschwunden ist.“

„Ihre Schwester wäre frank.“

„Wäre? Die fühlt sich gesunder als du und ich.“

„Wie?“

„Nicht als Frauenviert. Das lernst du noch mal.“

„Ich verleihe dich nicht.“

„Du — Gabriel — ich besiehe zu viel Achtung vor dir, um dich mit einer Füge anfallen zu können. Du kennst deine Schwiegermutter nicht. Sie ist eine Rechtshaberin und eine von den Weibern, die einen kleinen Giebel haben.“

(Fortsetzung folgt.)

# Große Zentrumsfundgebung in Zoppot

Pfarrer Fedtke spricht im dichtgefüllten roten Kurhaussaal.

Die gestrige Kundgebung des Zoppoter Zentrumsbezirks gestaltete sich zu einem glänzenden, in diesem Ausmaß nicht vorausgesehenen Erfolge für unsere Zentrumsfäche. Zoppot zählt bekanntlich von jeher zu den Hochburgen unserer Partei, die hier seit dem letzten Wahlkampfe zahlreichig an der Spießjämtlicher Parteien marschiert. Wenn die Anzeichen nicht täuschen, kann in diesem Wahltag mit gutem Grunde mit einem weiteren Aufwachsen der Zentrumsfächer in Zoppot gerechnet werden, denn auch hier herrschte, wie sich aus dem Verlauf der getragenen Versammlung überzeugend ergab, eine zuverlässliche Stimmung. Der Name des angekündigten Redners hatte seine Zugkraft nicht verfehlt. Der Rote Kurhaussaal, in dem die Versammlung stattfand, erwies sich als fast zu klein, um die Menge der erschienenen Zentrumswähler aufzunehmen. Saal und Logen waren dicht gefüllt; bis zu Beginn der Veranstaltung herrschte ein fast ununterbrochenes Kommen, so daß sich schließlich mehrere Hunderte von Besuchern mit Stehpässen begnügen mußten. Wir verzeichneten diese Tatsachen mit uns größerer Genugtuung, als sie mit aller Deutlichkeit darunt, daß nach der Einführung beider Zentrumsguppen in Zoppot für den geschlossenen und tatkräftigen Einsatz unserer Parteiarbeit auch hier alle Voraussetzungen in bester Weise erfüllt sind. Der Dank hierfür geht mit in erster Linie dem neuen Zoppoter Bezirksvorstand, der unter Leitung von Schulrat Weiß in der kurzen Zeit seit seiner Wahl eine intensive Werbearbeit im dortigen Bezirk entfaltet hat.

Schulrat Weiß, der die Versammlung leitete, drückte in seinen Begrüßungsworten seine Freude über den außerordentlich großen Besuch der Versammlung aus. Sein besonderer Gruß galt der Jugend, die mit schwarzwälschen und Windhorst-Bannern bei der Veranstaltung vertreten war und durch ihre Mitwirkung den aktivistischen Geist dieser Kundgebung wirkungsvoll unterstrich. Der Prolog eines Windhorstbündlers und ein exakt vorgetragener Sprechchor des Windhorstbündels leitete dann zu der feierlichen Fahnenübergabe an die Zoppoter Gruppe des Bundes über. Schulrat Weiß rüttete bei dieser Gelegenheit einige besondere Worte an die Jugend und betonte hierbei die Mahnung zur Treue gegenüber den alten bewährten Prinzipien der Zentrumspartei, für Wahrheit, Freiheit, Recht. Brausend der Beifall folgte den Worten des Zentrumsführers, in dessen Hände im Namen des Windhorstbündels Jungführer Liebsteine leitete dann zu der feierlichen Auswirkung des Göttlichen ist. Dorothea Weiß zeigte als Elisabeth wohl die estatische Kraft einer Heiligen, die Überreiztheit einer Kranke, aber eine gewisse Überbetonung von Gebärde und Gefühl brachte mehr als einmal ihre an sich schwierige Rolle in Gefahr. Ungewöhnlich stark und eindrucksvoll war die Gestaltung und Charakterisierung des kränkelnden, welterachtenden Testa durch Matthias Wiemann, sehr sympathisch die Zeichnung des Pfarrers durch W. Kaiser-Heyl, und das gesunde Martin durch Carl Balhausen. Es bleibt zum Schluß eigentlich nur eines zu bemängeln, daß der Film nicht genügend Auflösung darüber gibt, daß Anna bei aller Frömmigkeit keine Wunderkinder ist und daß alle im Film gezeigte Wunder irgendwie medizinisch zu erklären sind. Darunter braucht keineswegs das Wunder, wie es theologisch-katholisch verstanden sein will, misverstanden zu werden. Nur manche unnötige Unklarheit wäre damit beseitigt worden.

Stürmisch begrüßt betrat dann Pfarrer Fedtke

das Rednerpult, um in zündenden, von rhetorischen Schwung getragenen Aufführungen eine glänzende Rechtfertigung der Zentrumspolitik der letzten 14 Jahre zu geben. Der Redner zerplustzte so manches Schlagwort, das von gegnerischer Seite in die Wahltaglitigation geworfen wird und auf Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse oder böhmwillige Verleumdung beruht, aus dem Erlebnis des Frontlämpfers heraus war der Redner mehr wie ungezählte Nationalsozialisten berufen, den Begriff des "Nationalen" zu definieren. Immer wieder setzten während seiner Aufführungen stürmische Beifallsstürme ein, die am Schlüsse den Charakter begeisteter Ovationen für den Redner annahmen.

Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes fand die durch keinen Mistton getrübte Kundgebung ihren Abschluß.

## Anna und Elisabeth.

In den Rathaus-Lichtspielen läuft dieser Tage ein Film, der einer näheren Betrachtung wert ist. Ein Film, gegen den man sich unwillkürlich im Innern wehrt und sträubt, weil er seinem Thema nach in einem Schafe hineingreift, die man lieber dem Film und der breiten, profanen Masse unerträglicher vorenthalten möchte, weil er das Wunder und die göttliche Frömmigkeit einfacher Menschen in den Mittelpunkt stellt, und den man doch ob seiner Ernsthaftigkeit, seiner Zurückhaltung, seiner künstlerischen Höhe nicht stark genug loben kann. Ein gewagtes Experiment, und doch jenseits aller Spielerie, jenseits aller Konjunktur ausmützender Vermessensheit. Stark in seiner Erlebniskraft und noch stärker in seinem Bestreben, den Film in seiner Gesamtheit wieder zu einem wahren Kunstwerk zu machen.

Anna, ein einfaches Dorfmädchen, beschaffen still und kindlich frömm, wird urplötzlich in den Mittelpunkt des Dorfgeschehens gestellt. Sie betet unablässig am Sarge des eben verstorbenen jüngeren Bruders und dieser steht auf, sie be-

rüht eine unglaubliche Epilepsie und sie wird gesund. Sie kann heilen, sie ist eine Wunderkinderin. Aber das fromme lille Kind wehrt sich dagegen, sie glaubt nicht an ihre besondere Kraft, sie kennt nur ihren einfachen Kindergläubigen. Vergebens warnt der Pfarrer die Leute und beschwichtigt sie. Man treibt sie förmlich zum Wunderwirken. Vor allem die Gutsherrin Elisabeth, die jahrelang gefrämt war und die bei ihrer ersten Begegnung mit Anna in einer Ecke gesund wird. Sie vor allem will die Kraft des einsachen Mädchens der ganzen Welt lösen. Sie treibt sie an das Bett des schwerkranken Testa, zwinge sie zu dem inbrünstigen Gebet ihres Lebens. Doch das Wunder bleibt aus. Demütig und erfroren steht Anna zu ihrem einzigen Menschen, der nüchtern blieb, zu Martin. Elisabeth aber verzweifelt an sich und Anna, stürzt sich in den Abgrund. Und dies ihr Opfer erholt Anna von allem Zwang, macht sie wieder zu dem einfachen Menschenkind voll Glauben und stärker Frömmigkeit.

So stark zweifellos dieses Thema ist, die stärkste Wirkung im Film geht aber nicht von ihm aus. Sie kommt aus dem rein Filmischen und vor allem aus der Darstellung. Freilich

Zwischenpästiges gibt es auch hier genug. Man kann wohl verstehen, warum der Regisseur Franz Wyssbar die Handlung in die Atmosphäre eines italienischen Alpendorfes, mit seiner Stimmung zwischen Licht und Schatten, Scharf und Unschärfe verlegt, unverständlich bleibt es aber, warum er damit die handelnden Menschen, die im Denken und Sprechen und Fühlen nordisch sind, nicht in Einklang brachte. Außerordentlich stark bleibt vor allen der Stimmungsreichtum dieses Films, das Herauskommen starker Momente, durch Aufnahmen, Detailüber und Vergrößerungen, die geschickte Ausnutzung passender Einställe.

Hertha Thiele sand für die Anna eine Darstellung von starker Hingabe und Verinnerlichung. Ohne dabei an Schlichtheit einzubüßen, ohne die ihr eigene Herkunft zu verletzen. Durch sie wurde die ganze glänzende Inbrunst dieses im Grunde genommen demütigen Menschenkindes bis ins lezte glaubhaft. Und sie machte es nicht zuletzt verständlich, daß das Wunder nicht aus dem Persönlichen kommen kann, sondern eine Elisabeth wohl die estatische Kraft einer Heiligen, die Überreiztheit einer Kranken, aber eine gewisse Überbetonung von Gebärde und Gefühl brachte mehr als einmal ihre an sich schwierige Rolle in Gefahr. Ungewöhnlich stark und eindrucksvoll war die Gestaltung und Charakterisierung des kränkelnden, welterachtenden Testa durch Matthias Wiemann, sehr sympathisch die Zeichnung des Pfarrers durch W. Kaiser-Heyl, und das gesunde Martin durch Carl Balhausen.

Es bleibt zum Schluß eigentlich nur eines zu bemängeln, daß der Film nicht genügend Auflösung darüber gibt, daß Anna bei aller Frömmigkeit keine Wunderkinderin ist und daß alle im Film gezeigte Wunder irgendwie medizinisch zu erklären sind. Darunter braucht keineswegs das Wunder, wie es theologisch-katholisch verstanden sein will, misverstanden zu werden. Nur manche unnötige Unklarheit wäre damit beseitigt worden.

## Erste Ziehung der Rennlotterie

am 8. Juni

Die erste Ziehung, die ursprünglich auf dem Rennplatz am 5. Juni stattfinden sollte, findet mit Genehmigung des Senats am Donnerstag, dem 8. Juni statt, weil auf dem Rennplatz nach baulichen Veränderungen kein geeigneter Ziehungsraum zur Verfügung steht. Die Ziehung wird in der Messehalle Danzig abgehalten werden. Bei den großen Gewinn-Chancen und dem niedrigen Lospreise von nur 0,50 Gulden ist die Nachfrage nach Losen juztig groß. Der Reiterverein hat deshalb bei der von Sonnabend, dem 20. d. M. stattfindenden Geminausstellung in dem freien Laden Langgasse 2 in Danzig eine besondere Losverkaufsstelle eingerichtet. Die geschmackvolle und gebiegene Ausstellung wird allgemeines Gefallen finden. Der Hauptgewinn, 1 Silberschale im Werte von 2000 Gulden der Firma Stumpf & Sohn fällt ganz besonders in Auge.

\* Professor Dr. Koschmieder, der Direktor des Staatlichen Observatoriums Danzig, ist wegen seiner Arbeiten für die Erforschung des Segelfluges zum Auswärtigen Mitglied des Institute of the Aeronautical Sciences New York ernannt worden.

\* Die öffentlichen Lebensversicherungsanstalten in Deutschland. Im April 1933 wurden bei den im Verbande öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland zusammengeschlossenen öffentlichen Lebensversicherungsanstalten, einschl. unserer einheimischen Lebensversicherungsanstalt Westpreußen, 10 410 neue Versicherungen mit 13,78 Millionen RM. Versicherungssumme beantragt. Die durchschnittliche Versicherungssumme betrug in der Großlebensversicherung 3720 RM. gegenüber 3567 im April 1932 und in der Sterbegeldversicherung 427 RM. gegenüber 454 im gleichen Monat des Vorjahrs.

\* Fernsprechverkehr mit Portugal. Der Fernsprechverkehr zwischen allen Danziger Orten und Portugal, der bisher nur mit Lissabon und Porto möglich war, ist auf alle portugiesischen Orte ausgedehnt worden. Die für Lissabon und Porto festgelegte Gesprächsgebühr (3 Minuten 24,05 Gulden) gilt auch für Gespräche mit allen anderen portugiesischen Orten.

## Deutsche Jugendkraft.

Rundespiele: Sonntag, 21. Mai.

16.00: Bez.-Kl. Oliva : Ohra-Altschottland (D.J.K.-Platz). Litwin-Brösen.
16.00: Bez.-Kl. Brösen : Brentau (Brösen). Proch-Oliva.
17.00: Bez.-Kl. Germania : Neufahrwasser (Bischofsberg D Rombowksi-Ohra).
13.00: A-Kl. Oliva : Brentau (D.J.K.-Platz). Nikolaus-Germania.
14.45: A-Kl. Langenau : Ohra-Altschottland (Langenau). Braemer-Germania.
14.30: A-Kl. Rosenberg : Langenau (Rosenberg). Detlef-Ohra-Altschottland.
14.30: A-Kl. Oliva : Ohra-Altschottland (D.J.K.-Platz). Mangold-Neufahrwasser.
14.00: A-Kl. Gleittau : Brösen (Gleittau). Kuplowksi-Neufahrwasser.
15.00: A-Kl. Carmeliter : Brentau (Bischofsberg D. Haase-Brösen).
14.30: C-Kl. St. Nikolai : Langfuhr (Herrengarten).
14.00: C-Kl. Schölk : Ohra-Altschottland (Bischofsberg D.).

Gesellschaftsspiele: Sonntag, 21. Mai.

15.30: A-Kl. Gleittau : Schölk (Gleittau). Urbani-Eliva.
14.30: A-Kl. Brösen II : Werdertor (Brösen). Doppel-Langfuhr.
15.00: K-Kl. Langfuhr : Oliva II (Husarenplatz).
13.30: K-Kl. Brösen II : Neufahrwasser (Brösen).
13.30: K-Kl. Nitslai I : Brösen I (Herrengarten). (Telephonische Spielserküche der Schiedsrichter unter Nr. 26105 von 5-6.30 Uhr nachmittags.)

Am Sonntag, dem 21. Mai, startet die Deutsche Jugendkraft beim Staffellauf "Durch durch Danzig" in der ersten Rennklasse. Start 3.10 Uhr. Treffpunkt 2 Uhr St. Josephshaus.

## Schiffe, die in Danzig erwartet werden.

Dampfer "Elin" (Wolff). Dampfer "Mercator" (Vergeske). Motorschiff "Elin" (Vergeske). Motorschiff "Fürstin Marie zu Putbus" (Vergeske). Motorschiff "Umdine" (Vergeske). Dampfer "Taarnholm" (Reinhold).

# Handel - Wirtschaft - Verkehr

Freitag,  
den 19. Mai 1933

## Wie Gdingen Danzig abwürgt

### Polens Einfuhr von Früchten über Danzig und Gdingen

Seit dem Jahre 1931 hat sich bei der polnischen Einfuhr von getrockneten Früchten, die früher zum größten Teil über die Landsgrenze oder über Danzig erfolgte,

ein harfer Wettbewerb zwischen Danzig und Gdingen entwickelt, bei dem Gdingen von der polnischen Regierung durch staatliche Speicherbauten, Zollmauern und neuerdings sogar durch ein teilweise Transportmonopol unterstützt wird, weshalb

die Einfuhr über Danzig stark zurückgegangen ist.

Deshalb ist es von Interesse, an Hand der amtlichen polnischen Statistik genaueres über die Zusammenfassung der Einfuhr von Früchten und deren Verteilung auf die beiden Häfen der Danziger Bucht zu ermitteln.

Die Einfuhr von frischen Früchten setzt sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

#### Einfuhrmenge in To.

Jusgesamt über Danzig über Gdingen

1931 1932 1931 1932 1931 1932

39 204 22 974 897 1 050 270 11 558

davon

Bitronen 13 491 9 987 516 623 30 6 610

Apfelfrüchte 1 297 607 — 13 7

Weintrauben 5 710 3 491 62 27 51 429

Apfelsinen 4 309 2 939 64 230 158 1 755

Apfels 8 167 3 553 227 73 15 2584

Wassermelonen 5 069 1 551 — 2 174

Anderer Südfrüchte 167 312 7 62 1 174

Die seit 1931 allmählich eingetretene Zollermäßigung bei der Einfuhr über die Seegrenze hat in einigen Fällen auch für Danzig eine Bunction gebracht, die aber viel kleiner ist als bei Gdingen. Die Einfuhr von Bitronen, Apfelsinen und Apfelsinen ist aber zum größten Teil nach Gdingen verlegt worden. Die Bitroneneinfuhr kommt zum größten Teil von Italien. Die Einfuhr von Weintrauben ergibt sich daraus, daß der Wert der Einfuhr von frischem Obst über Danzig von 1930 bis 1932 von über 1 Mill. auf 0,8 und von getrocknetem Obst von 5 auf 1,8 Mill. Gulden gesehen ist, was wieder für eine Anzahl Firmen den Verlust der Erzielung und für viele Menschen den Verlust des Brotes bedeutet.

Den Danziger Handel getroffen hat,

ergibt sich daraus, daß der Wert der Einfuhr von frischem Obst über Danzig von 1930 bis 1932 von über 1 Mill. auf 0,8 und von getrocknetem Obst von 5 auf 1,8 Mill. Gulden gesehen ist, was wieder für eine Anzahl Firmen den Verlust der Erzielung und für viele Menschen den Verlust des Brotes bedeutet.

Die Einfuhr von frischen Früchten setzt sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Einfuhrmenge in To.

Jusgesamt über Danzig über Gdingen

1931 1932 1931 1932 1931 1932

39 204 22 974 897 1 050 270 11 558

davon

Bitronen 13 491 9 987 516 623 30 6 610

Apfelfrüchte 1 297 607 — 13 7

Weintrauben 5 710 3 491 62 27 51 429

Apfelsinen 4 309 2 939 64 230 158 1 755

Apfels 8 167 3 553 227 73 15 2584

Wassermelonen 5 069 1 551 — 2 174

Anderer Südfrüchte 167 312 7 62 1 174

Die seit 1931 allmählich eingetretene Zollermäßigung bei der Einfuhr von frischen Früchten setzt sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Einfuhrmenge in To.

Jusgesamt über Danzig über Gdingen









Rundfunkrede von Senator Hinz.

# Die Inflationsforderungen der Nazis

Der Landwirtschaftsminister weist die Angriffe nationalsozialistischer Landwirte zurück.  
Ihre Unkenntnis wird angeprangert — Eine Inflation müßte die Landwirtschaft selbst schwer treffen.

In einer Rundfunkrede führte Senator Hinz gestern folgendes aus:

Ich habe den gleichen Vortrag bereits vor einiger Zeit gehalten. Die daran geäußerte Kritik hat mich bewogen, um zu wiederholen. Wie Sie selber haben feststellen können, enthält mein Vortrag nichts weiter als eine rein sachliche Darstellung der Maßnahmen der jeglichen Regierung zur Rechtfertigung ihrer Politik. Ich habe damit den Beweis erbracht, daß der Vorwurf großer, insbesondere nationalsozialistischer Kreise der Landwirtschaft, die jegliche Regierung hätte nichts für die Landwirtschaft getan, aber sogar der Landwirtschaft dem Zusammenbruch zugeführt,

falsch und in höchstem Maße ungerecht ist.

Mir ist von einer Reihe von prominenten Leuten der Wirtschaft, aus Industrie und Handel, aber auch aus der Landwirtschaft bestätigt worden, daß im Gegen teil erstaunlich viel von der jeglichen Regierung für die Landwirtschaft getan ist. Die Zahlen und sonstigen Angaben, die ich gemacht habe, sprechen ja auch für sich und überlegen die höchstwillige Kritik von selbst. Ich hätte nun erwartet dürfen, daß die einseitige Kritik in sachlicher Weise das umfangreiche Tatsachenmaterial unter die Lupe nehmen und widerlegen würde. An sich ist das Sachen- und Zahlenmaterial auf Grund genauer Er hebungen auffällig zu belegen und unanfechtbar.

Es ist von den Kritikern aber auch nicht der geringste Versuch

in dieser Hinsicht gemacht worden. Von den Kritiken, die sich mit meinem Vortrag beschäftigt haben, führe ich besonders zwei an, die des nationalsozialistischen Vollstagsabgeordneten Malsch und die des Hofbesitzers Franz Wilhelm Steegenerwerber, der ebenfalls der nationalsozialistischen Partei angehört. Wenn ich mich mit der Kritik des Herrn Malsch nicht weiter befasse, so wird das in allen landwirtschaftlichen Kreisen ohne weiteres verstanden werden. Die Kritik des Herrn Wilhelm Steegenerwerber jedoch ist

typisch für die unsachliche und ungerechte Kritik, die heute allgemein an den Maßnahmen der jeglichen Regierung von nationalsozialistischen Kreisen geübt wird. Abgesehen von ganz geringen tatsächlichen Ausführungen erschöpft sich die Kritik des Herrn Wilhelm Steegenerwerber, wie in einem Wahlkampf üblich sind. Er spricht von „neuer Zielsetzung“, von „untergeordneten Teillösungen“, von dem „Primat der Banken“, von der „Sanierung des Bankenkapitals“, von „geistiger Antarktis“, von „Morphiumsprißen“ und nennt mich schließlich den „Schutzpatron des Bucher Kapitals“.

Diese Phrasen sind so hohl und abgeleiert, daß ich es mir vorsagen muß, darauf einzugehen.

Von seinen tatsächlichen Ausführungen ist bemerkenswert, daß er den Sicherungs- und Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft als praktisch wirkungslos bezeichnet. Ich brauche hier nur an das große Heer der landwirtschaftlichen Gläubiger zu appellieren, und zwar weniger der Geldinstitute wie Banken und Sparkassen, sondern der kleineren Gläubiger, die eine Hypothek oder ein Restaufsatz auf ein landwirtschaftliches Gut gegeben haben und heute als ausgediente Landwirte ein Rentner-Dasein führen, um das sie wirklich nicht zu bereiden sind, sowie an

das große Heer der Handwerker und Kleinleseranten, die alle bestätigen werden, wie schwer sie von diesen Vollstreckungsschutzmaßnahmen betroffen worden sind.

Es ist unanfahbar von der Landwirtschaft, wenn diese die Opfer, die weite Volksfreize im Interesse der Landwirtschaft gezwungenenmaßen bringen müssen, nicht annehmen will. Sehr viele dieser Gläubiger haben ebenso in ihr Dasein zu ringen wie die Landwirtschaft selber. Sie haben das gleiche Anrecht auf ein, wenn auch noch so bescheidenes, Existenzminimum ebenso wie die Landwirtschaft. Wenn in dem Tätigkeitsbericht des Danziger Landbundes für das Jahr 1932 ausgeführt wird, daß bei 185 Grundstücken mit zusammen über 7000 Hektar noch wieder die Zwangsversteigerung betrieben werden konnte, so ergibt das

überhaupt kein Bild für die Not der Landwirtschaft

und für die Wirklichkeit der landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutzmaßnahmen. Gegenüber den ca. 5700 landwirtschaftlichen Betrieben, die im gesamten Freistaat vorhanden sind, machen die 185 Grundstücke nur einen ganz geringen Prozentsatz aus. Entscheidend ist aber, daß bei den 185 Grundstücken die Zwangsversteigerung eingesetzt worden ist, nicht um die Zwangsversteigerung zur Durchführung zu bringen, sondern um die Verjährung von rückständigen Zinsen und anderen wiederkehrenden Leistungen zu verhindern.

Ein anderes Mittel, um die Verjährung rückständiger Zinsen und anderer wiederkehrender Leistungen zu verhindern, steht den Gläubigern nämlich nicht zur Verfügung.

Die Zahl der Grundstücke, bei denen tatsächlich die Zwangsversteigerung durchgeführt ist, beträgt einen ganz geringen Bruchteil von 185. Tatsächlich ist noch nicht 1 Prozent der Grundstücke im Gebiet der Freien Stadt Danzig durch Zwangsversteigerung aus einem Besitz in den anderen übergegangen. Die Zahl der durchgeföhrten Zwangsversteigerungen in den letzten zwei Jahren liegt erheblich unter der Zahl der Zwangsversteigerungen in den Jahren 1912 bis 1914, zu einer Zeit, in der es der Landwirtschaft bekanntlich gut ging.

Zentrumjugend an die Front!

Auf zur Kundgebung am nächsten Sonntag im

Friedrich-Wilhelm-Schlüzenhaus.

Ich will mich im übrigen darauf beschränken, nur noch zu zwei Vorwürfen des Herrn Wilhelm Steegenerwerber Stellung zu nehmen, die er der jeglichen Regierung zu machen hat. Wer Wilhelm verübt es der Danziger Regierung, daß sie es unterlassen hätte,

## den Artikel 217 des Warschauer Abkommens

zu kündigen und daß die Regierung damit die Danziger Landwirtschaft schutzlos dem polnischen Dumping ausgesetzt hätte. Der Artikel 217 des Warschauer Abkommens bestimmt, daß binnen 15 Jahren nach Inkrafttreten des Warschauer Abkommens weder Danzig noch Polen für den gegenseitigen Warenverkehr Eins- und Ausfuhrbeschränkungen erlassen darf. Er bestimmt ferner, daß jeder Vertragsteil vor dem Ablauf von zehn Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens erklären kann, er könne nicht dauernd auf Eins- und Ausfuhrbeschränkungen verzichten. Diese leichte Erklärung hätte Danzig vor Ablauf des Jahres 1931 abgeben müssen, um zu erreichen, daß vom Jahre 1937 ab im gegenseitigen Warenverkehr zwischen Polen und Danzig Eins- und Ausfuhrbeschränkungen hätten eingeführt werden dürfen. Die jegliche Regierung hat nach langwierigen Beratungen unter Hinzuziehung der besten Sachverständigen und aller beteiligten Kreise von einer Auflösung des Artikels 217 aus folgenden Gründen

abstimmen: Die Auflösung wäre nach der Bestimmung des Artikels 217 erst mit Beginn des Jahres 1937 wirksam geworden. Weiter aber hätte die Auflösung des Artikels 217 Polen den willkommenen Anlaß zu noch viel wirkameren Sperrmaßnahmen gegen den Danziger Handel und die Danziger Industrie gegeben als sie Polen heute schon vertragswidrig zur Anwendung bringt. Während es jetzt Danzig möglich gewesen ist, unter Berufung auf die vertragsmäßig vereinbarte Danzig-polnische Wirtschaftseinheit die vertragswidrigen Sperrmaßnahmen zunächst bis zu einem gewissen Grade zur Aufhebung zu bringen und weiter zu erwarten ist, daß durch die bevorstehenden Generalsitzungen diese Sperrmaßnahmen gänzlich bestätigt werden, würde Polen bei einer Auflösung des Artikels 217 zweifellos den Einwand erheben, daß Danzig diese Wirtschaftseinheit ja gar nicht will. Es ist nicht zweifelhaft, daß bei dem Zusammenbruch des Danziger Handels und der Danziger Industrie infolge der Durchführung der polnischen Sperrmaßnahmen auch die Gesamtirtschaft Danzigs und letzten Endes der Staat in die schwerste Gefahr gebracht werden würden.

Auch die Danziger Landwirtschaft ist auf den Danziger Handel und die Danziger Industrie angewiesen und muß bei der unlöslichen Wirtschaftsverbundenheit aller Wirtschaftszweige mit Schaden nehmen, wenn Handel und Industrie zerstört werden. Vor allem aber ist die Danziger Landwirtschaft niemals in der Lage, allein die Last des Danziger Staatswesens zu tragen, auch bei größtmöglicher Einschränkung des Staatsapparates. Der wichtigste Grund für die Nichtauflösung des Artikels war der, daß der Artikel 217 und die mit ihm im Zusammenhang stehenden Artikel des Warschauer Abkommens der Danziger Landwirtschaft die ungewöhnlich Ausfuhr ihrer landwirtschaftlichen Produkte in das gemeinsame Ausland garantieren. Mit dem Wegfall dieser Bestimmungen würde für die Danziger Landwirtschaft

die Gefahr herausbeschwert, daß sie mit ihren Erzeugnissen lediglich auf den Danziger Markt angewiesen wäre.

Die Bedeutung dieser Angelegenheit ist allen Landwirten ohne weiteres klar. Schließlich hat die Danziger Regierung es heute noch jeden Tag in der Hand, die Bestimmungen des Artikels 217 und die damit in Zusammenhang stehenden Bestimmungen des Warschauer Abkommens über die Danzig-polnische Wirtschaftseinheit auf Grund des Artikels 241 des Warschauer Abkommens zur Auflösung zu bringen. Polen würde einen solchen Schritt der Danziger Regierung durchaus begrüßen, weil er den polnischen Wünschen völlig Rechnung trägt. Schließlich haben noch andere Gründe, über die der Danziger Landbund genau unterrichtet ist, daß gezeigt wurde, daß der Kündigung des Artikels 217 z. St. Abstand zu nehmen. Eine Erörterung dieser Gründe würde jedoch im Rahmen dieses Vortrages zu weit führen.

festzustellen ist jedenfalls, daß sich der Landbund dem nicht verschließen kann, daß diese Gründe zwingend waren.

Herr Wilhelm Steegenerwerber wirkt schließlich dem Senat vor, daß er, als im Jahre 1931 die Entwertung des englischen Pfundes eintrat, den Danziger Gulden um das Nachstell der Landwirtschaftlichen Schulden auf Gold umgestellt hätte und damit eine Inflation des Danziger Gulden vermieden hätte. Hinsichtlich der Beibehaltung der Goldwährung ist folgendes zu sagen: Jede Inflation bedeutet Verlust von Wertvermögen, von dem letzten Endes auch die Landwirtschaft nicht verschont bleibt. Auch die letzte Inflation hat der Landwirtschaft nichts genutzt, wie die heutige Verschöpfung der Landwirtschaft am besten beweist.

Die Inflation hätte im Gegenteil der Landwirtschaft unermehrliche Schaden zugefügt.

Sie hätte die radikale Flucht des in Danzig investierten sehr erheblichen fremden Kapitals bedeutet. Damit wäre jede Möglichkeit der Herabgabe von landwirtschaftlichen Krediten geschwunden, da das eigene Danziger Kapital zu gering ist. Wahrscheinlich aber wäre auch dieses Kapital aus Danzig geflossen. Die Stabilität des Danziger Gulden hat sich bei den Verhandlungen in Genf als die beste Abwehr der polnischen Bestrebungen auf Einführung der Rote-Währung im Danziger Eisenbahnverkehr erwiesen. Nach dem Urteil der Finanzschwärzenden könnte Danzig wegen seines hochwertigen und stabilen Gulden auch die beschränkte Einführung des Zloty nicht zugemutet werden.

Umgekehrt hätte eine Inflation der Guldenwährung mit erheblicher Wahrscheinlichkeit den polnischen Ansprüchen auf Einführung des Zloty zum Siege verholfen.

Schließlich ist auch noch darauf hinzuweisen, daß in Polen einem ausgesprochenen Agrarlande mit geringer Industrie, die Zlotywährung eine Inflation durchgemacht hat, welche eine Wertminderung von etwa der Hälfte des ursprünglichen Wertes zur Folge gehabt hat. Trotzdem ist die polnische Landwirtschaft ebenfalls stark verschuldet und ihre Rentabilität erheblich schlechter als die der Danziger Landwirtschaft. Die polnische Landwirtschaft hat nicht den geringsten Nutzen von

der Inflation gehabt. Ich darf auch noch darauf hinweisen, daß auch die jegliche Reichsregierung mit aller Entschiedenheit eine Entwertung der deutschen Reichsmark ablehnt und die größten Anstrengungen macht, um die Reichsmark stabil zu erhalten. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß so kapitalistische Länder wie England und Amerika sich einen gewissen Inflation ihrer Währungen leisten können. Denn infolge ihrer Kapitalkraft haben sie es einigermaßen in der Hand zu befreien, wie weit die Inflation gehen soll. Das kleine Wirtschaftsgebiet Danzigs hingegen hätte es nicht in der Hand gehabt zu bestimmen, wann die Inflation aufhört und die Gefahr eines völligen Zusammenbruchs der Währung war durchaus vorhanden.

Die Danziger Regierung hat Staat und Volk den besten Dienst geleistet, daß sie durch die überaus schnelle und reibungslose Umstellung des Danziger Gulden auf Gold die gesamte Wirtschaft, insbesondere auch die Danziger Landwirtschaft und die gesamte Bevölkerung vor schweren Erschütterungen und unübersehbarem Schaden bewahrt hat. Wir alle kennen die Schrecken der Inflation und es ist

die Pflicht einer jeden Regierung, die die wahren Interessen von Staat und Volk wahrnimmt, einer Inflation mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken.

Schon die leichte Inflation wurde im Volksmund als Volksbetrug bezeichnet. Die jegliche Regierung hat es bewußt abgelehnt, sich dem Vorwurf des Volksbetranges auszusetzen. Herr Wilhelm Steegenerwerber steht selber nicht vereinzelt da. Es gibt Landwirte, zu deren Ehre ich annehme, daß sie die Zusammenhänge zwischen Volkswirtschaft und Währung nicht kennen, die in einer in regelmäßigen Abständen wiederkehrenden Inflation die beste Hilfe für die Landwirtschaft sehen.

Diese Landwirte sind leider das Opfer von Quad salbern und Demagogen geworden, wie sie jetzt vielfach durch die Lande ziehen

und dem Volke, namentlich dem Landvolke vorzumachen versuchen, daß sie ein Mittel hätten, um mit einem Schlag alle Wirtschaftsnoten zu beseitigen. In solcher Einstellung steht Herr Wilhelm offenbar „das neue Gewissen“, von dem er in seiner Erwähnung auf meine Rundfunkrede spricht. Die jegliche Regierung hat Wert darauf gelegt, daß sie sich ein gutes Gewissen erhalten hat und verzichtet gern auf das neue Gewissen.

## Strafantrag gegen den „Vorposten“

Wegen fortgesetzter Verächtlichkeiten des Direktors Heyn.

Amtlich wird mitgeteilt:

Die heilige Zeitung „Der Vorposten“ hat in den letzten Wochen wiederholt Berichte gebracht, die sich mit angeblichen Unregelmäßigkeiten in der Sparstube beschäftigen. Im Zusammenhang damit sind auch in der Stadt Bürgerschaft mehrfach Angriffe gegen den leitenden Sparstabsdirektor, Herrn Heyn, gerichtet worden. Der Senat hat zu diesen Angriffen in Pressemitteilungen Stellung genommen und erklärt, daß in allen Fällen eingehende Untersuchungen stattgefunden hätten und daß in allen Fällen es sich herausgestellt habe, daß diese Gerüchte grundlos waren. Der Senat hat auch gegen Personen, die sich an der Verbreitung dieser Gerüchte beteiligt haben, Strafanzeige eröffnet. Dem „Vorposten“ scheint dies aber nicht zu genügen, er arbeitet weiter mit mehr oder weniger dunklen Andeutungen und Verächtlichkeiten.

Herr Direktor Heyn hat nun, um im Interesse des von ihm geleiteten Instituts auch schon Schein eines begründeten Verdachts zu nehmen, beim Senat beantragt, gegen ihn ein Disziplinarverfahren einzuleiten, damit nochmals behördlicherseits und unbeeinflußt von irgend einer Stelle eine Prüfung aller in Frage kommenden Angelegenheiten vorgenommen werden kann. Der Senat hat diesem Wunsche des Herrn Direktor Heyn stattgegeben. Am Übrigen ist gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorposten“ Strafantrag gestellt worden.

## Regierung und Mittelstand

Senator Dr.-Ing. Althoff

spricht am Sonntag, den 21. 6. M., vormittags 12 Uhr, im Rundfunk über „Regierung und Mittelstand“ in Fortsetzung der Rundfunkrede, die er am 16. 6. M. über dieses Thema gehalten hat. Insbesondere wird von ihm behandelt werden die Wohnungswirtschaft, Schiffahrt und das Gaststättengewerbe.

## Katholisch und National!

National ist heute das Schlagwort. Alles schaltet sich heute national um. Das ist so große Mode geworden. Da gibt es in unserer Stadt schon das „nationale Restaurant“, da gibt es in Schaufesten der „nationale Briefbogen“ und wer weiß, was sich heute nicht noch alles als „national“ bezeichnet, um gute Geschäfte unter diesem Schlagwort zu machen. Man geht doch einmal durch die Straßen und schaut sich an diese „nationalen“ Geschäftshäuser an, wie sie versuchen, aus der „nationalen Erhebung“, aus der nationalen Gestaltung und Begeisterung Kapital zum eigenen allerwertvollsten Vorteil zu schlagen. Materialismus in Reinkultur!

Wir Katholiken lehnen aus innerster Gestaltung und Neuerzeugung einen derartigen Missbrauch ab. Uns ist die nationale Gestaltung, das Nationale etwas Höhes und Heiliges, das man nicht zum Geschäft oder zum Tamtam herabwürdigen darf, mit dem man nicht Propaganda treiben soll, sondern das man tief im Herzen bewahren und nach außen vornehmlich durch die Selbstlosigkeit, hingebende, opferbereite Tat beweisen soll. Und insofern unterscheiden wir uns von vielen heutigen „Nationalen“, und wir glauben, daß wir uns zu unserem Vorteil unterscheiden.

Diesen heutigen Zwecknationalen gegenüber gilt es, auch die wahrhaft tiefnationale Gestaltung entgegenzustellen, die im katholischen Volke verwurzelt ist, ja die der Katholizismus seinen Mitgliedern geprägt hat. Es ist eine Pflicht, die Pflicht macht. Es ist Aufgabe aller, sich darüber einmal gründlich zu unterrichten, in welchem Verhältnis Katholizismus und nationale Gestaltung und Begeisterung zu einander stehen. Darum verweise ich auf unsere Leiter, namentlich aber die Leiter innerhalb der Pfarrgemeinde Agl. Kapelle auf die am kommenden Dienstag, dem 28. Mai, abends 7.45 Uhr, im großen Saal des St. Josephshauses stattfindende Kundgebung des Zentrumsbezirkes Agl. Kapelle, in der Pater Weber vom bislangen Katholizismus sprechen wird über das Thema: Katholisch und National. Außerdem wird Senator Kapell am Dienstag vollzählig im St. Josephshaus!

Schriftsteller: Dr. Franz Steffen (Tel.: 248 97). Herausgeber: Dr. Jakob Maria Böhme geb. Kasten, 67 J. — Künstler Franz Barsowksi, 59 J. — Sohn des Bürgermeisters Walter Gengerki, 3 Wochen. Georg Dobowski, ohne Beruf, 13 J. — Tochter Johanna Schulz geb. Mischnowska, 66 J. — Tochter Martha Piorrel, 39 J.

Kath. Jungmann!

Kath. Jungmädel!

Kämpfer heraus! Fahnen heraus!

Antreten zum leichten Sturmappell

für Wahrheit, Recht und Freiheit!

Wir wollen dem deutschen Danzig zeigen, wo echtes

katholisches Jungvolk in diesem Wahlkampf steht!

Nicht beim Hakenkreuz,

fondern um Christi Kreuz geschart!

Nicht bei den Revolutionären,

sondern bei den staatsaufbauenden Kräften!

Nicht unter den eben Erwachten,

sondern in der Front der freien Bereiten!

Hier ist Dein Platz, wenn Du kämpfen willst für die

erprobte Wahrheit Deiner Überzeugung! Für die

unverfehlte Freiheit Deiner Vereine! Für das heilige

Recht Deiner Kirche!

Und wenn alles die braune Flut verschlingt,

bleiben wir als rettender Fels!

Darum her zu uns, zur jungen Front Brünings.

Die gesamte Zentrumslinie des Freistaates marschiert am Sonntag auf

im Friedrich-Wilhelm-Schlüzenhaus!

Keiner darf fehlen! Jeder ist da!

Die Windhorstlinie des Freistaates Alois Doroński, Landesführer.

Die Silberhochzeit

Kriminalassistent Joseph Słomrock und seine Gattin Rosalie geb. Gora, Hintergasse 14 wohnhaft, feierten dieser Tage das Fest der Sil

## Bauarbeiten in Zoppot

Seit einiger Zeit wird in Zoppot an der Herstellung eines Verbindungsweges von der Wilhelmstraße zur Stolzenfelsallee gearbeitet. Der Herstellung des Straßennamens der verlängerten Wilhelmstraße erfolgte als Notstausarbeit.

Bei der Auffüllung der Kostenanschläge war z. B. das gerechnet worden, daß am Abhange längs der so genannten Gründchen Wiesen

### starkquelliges Gelände

vorhanden ist und deswegen war bereits ein erheblicher Buschtag vorgegeben worden. Man hat schon zahlreiche Wasserrohre herbeigeschafft, um die Quellsäfte, die vom Hang in großer Zahl herunterkommen, in Kanälen aufzufangen und abzuleiten. Da für die Bauarbeiter selbst eine nur verhältnismäßig kurze Zeit zur Verfügung stand, hatte die Bauverwaltung es unterlassen, sich von dem Zustande des Bodens auf dem Abhange selbst zu überzeugen. Das schien um so eher gerechtfertigt, da gerade an dieser Stelle am wenigsten außergewöhnliche Verhältnisse erwartet werden konnten.

Bei Beginn der Arbeiten stellte sich aber heraus, daß im Zuge des Straßennamens eine etwa 0,8 Meter starke Moorschicht vorhanden ist, die entfernt werden muß, da unmöglich auf diese Moorschicht selbst das Straßennamens aufgebracht werden kann. Durch die Entfernung der Moorschicht selbst, den Transport an andere Stelle und die Ausfällerung entstehen Mehrarbeiten, die etwa 800 Tagewerke bzw. 7000 G. notwendig machen. Eine Verlängerung der Straßentrasse kommt nicht in Frage,

da die dadurch entstehenden Kosten noch viel größer wären. Die Stadtverordneten-Versammlung am heutigen Freitag wird die Nachbewilligung von 7000 G. vornehmen.

### Es sollen auf

dem Manzenplatz 26 Konsiferen- und Laubholzgruppen,

unterpflanzt mit Stauden, angepflanzt und außerdem zwei größere mit Sommerblumen bepflanzte Rabatten angelegt werden. Das Gesamtbild dieser großen Freiflächen auf dem Manzenplatz wird durch die vorgesehene Anordnung der einzelnen Gruppen und Rabatten wesentlich belebt werden. Auch ist dafür Sorge getragen, daß bei einer evtl. später vorzunehmenden Umgestaltung als Rosengarten die einzelnen Gruppen ohne größere Kosten entfernt werden können.

Ferner soll der mit dem Manzenplatz parallel laufende und an der Nordstrandpromenade gelegene

Rosenstreifen in einer Länge von 150 Meter und einer Breite von 18 Meter ebenfalls frisch angesamt werden.

Außerdem wird eine planmäßige Ansammlung freier Stellen vorgenommen.

Nach dem Kostenanschlag der Stadtgärtnerei sind die Arbeiten mit rund 1000 Gulden veranschlagt. Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich mit der Angelegenheit beschäftigen.

Die an der Stützmauer

auf dem Waldfestspielplatz

rechts und links anschließenden Böhlwänden, die dem

harten Erddruck von der Bühne aus entgegenzuwirken haben, müssen unbedingt erneuert werden.

Diese Erdfußkonstruktion ist in den letzten Jahren stark verfault. Die jährlich vorgenommenen Ausbesserungen der gefährdeten Stellen haben nicht verhindern können, daß im vergangenen Jahre die linke Böhlwand bei einem in der Waldbewurzelung eingesetzten Unmutter durch die von der Bühne herabfallenden Pflaster- und Erdmassen zerstört wurde. Der Schaden konnte s. St. gerade noch bis zum Abend, an dem eine Vorstellung stattfand, notdürftig behoben werden. Eine Gewähr für eine längere Standfestigkeit der Böhlwände kann jetzt nicht mehr übernommen werden.

Der Umfang der erforderlichen Arbeiten und Materialneuerungen bei einer gründlichen Reparatur kann. Erneuerung dieser Böhlwände lässt sich vorher nicht genau feststellen. Die voransichtlichen Kosten werden nach Schätzung unserer Bauverwaltung etwa 1700 Gulden betragen.

o.ö. nisch starken Arbeitslosigkeit, namentlich der Landarbeiter, beigetragen hat. Erfreulicherweise habe sich der Schuldenstand des Kreises im Laufe der letzten fünf Jahre nicht unbedeutend vermindert, das Vermögen konnte sogar vermehrt werden. Im Laufe dieses Jahres wäre an sich zwangsläufig ein Fehlbetrag in Höhe von mindestens 500 000 RM. entstanden, der aber durch äußerste Sparsamkeit auf allen Gebieten fast völlig befeitigt werden konnte.

Namens der SPD-Faktion gab Abgeordneter Lange die Erklärung ab, daß seine Fraktion ihre Wähler weiterhin vertreten will und da es im Kreis Stuhm eine Sozialdemokratische Partei nicht mehr gibt, glaubt die Fraktion in der NSDAP die richtige Interessenvertretung gefunden zu haben und trete bestmöglich dieser Partei als Hörspitzen bei. Der Fraktionsführer der NSDAP verwarf sich daraufhin gegen den Ausdruck „Interessenvertretung“ und betonte, daß in der NSDAP lediglich das Allgemeinwohl vertreten wäre.

Der Haushaltsvorschlag wurde bei Stimmenthaltung der beiden Polen en-bloc angenommen. Der Vorschlag schließt mit einer Ausgabe von 1930 000 RM, einer Einnahme von 1870 000 RM und einem Fehlbetrag von 60 000 RM ab. Zur Deckung des baren Fehlbetrages wurde beschlossen, zu den Reichseinkommen- und Körperchaftsteuerüberweisungen, sowie zum Aufkommen an Bürgersteuer nach dem Landesmindestsatz einen 7prozentigen Zuschlag, zur staatlich veranlagten Grundvermögenssteuer einen 10prozentigen und zur Gewerbeertrag- und Gewerbe Kapitalsteuer einen 9prozentigen Zuschlag zu erheben. Die nachfolgenden Wahlen zweier Kreisdeputierter, der Amtsvorsteher, und der übrigen Kommissionen ergaben bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen und der Zentrums-Partei ausschließlich die Wahl von NSDAP-Angehörigen.

## Kreis Stuhm wenig verschuldet

Trotz Erntekatastrophe.

Stuhm. Zu der ersten Kreistagsversammlung waren sämtliche 21 Kreistagsmitglieder erschienen. In seinem Verwaltungsbericht über das verflossene Rechnungsjahr kam Landrat Dr. Zimmer insbesondere auf die Erntekatastrophe zu sprechen, die ungeheure Schädigungen hervorgerufen und zu einer außer-

Am Dienstag, den 16. Mai, um 1/2 Uhr nachts entschlief saft nach langem schwerem Leiden, wohlversehen mit den hl. Sterbesakramenten, ein innig geliebtes Mütchen,

die Witwe  
**Anna Freda**  
geb. Hallmann  
im 53. Lebensjahr.  
Danzig, den 18. Mai 1933.  
Dieses zeigt in tiefer Trauer an  
Ihre einzige Tochter  
Helene.

Requiem Sonnabend, den 20. d. Mts., morgens 7 Uhr in der Basilika St. Nikolai; die Beerdigung findet nachmittags 3/4 Uhr vom Trauerhause, Weickmannsgasse 1 aus auf dem St. Nikolai Kirchhof an der Hochschule statt.

Am Dienstag, den 16. d. Mts., starb nach schwerem Leiden, wohlversehen mit den hl. Sterbesakramenten,  
der Küster der Kreuzkapelle  
**Franz Barsowski**

Er hat stets treu und überaus gewissenhaft sein Amt versehen. Gott schenke ihm die ewige Ruhe!

Im Namen der Kuratie Neuschoffland  
Hoppe, Pfarrer.

Die Ueberführung findet am Freitag, den 19. d. Mts. nachmittags 5 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Städtischen Krankenhauses nach der Kreuzkapelle statt. Sonnabend, den 20. d. Mts., 9 1/2 Uhr, Beginn der Trauferleichterungen, daran anschließend Beerdigung auf dem Brenauer Friedhof.

Soeben erschien neu, reich bebildert:  
**MANFRED FREIHERR  
VON RICHTHOFEN**  
**Der rote Kampfflieger**

Dem erfolgreichsten Lufthelden des Weltkriegs zum Gedenken! Die eigenen Aufzeichnungen des „roten Kampffliegers“ (so nannte man Richthofen nach der Farbe seiner Maschine), um vieles interessanter erweitert von seinem Bruder Bolko! Dazu zahlreiche Fotos von Richthofen und acht Luftkampfbilder von unerhörter Wucht! Vorwort von Ministerpräsident Hermann Göring, Richthofens Nachfolger

**360**  
Guld.

In Gänzeleinheiten schön gebunden für nur

Vorrätig in der

**Buchhandlung des Westpreuß. Verlags AG.**

Danzig, Am Sande 2. Tel. 247 96 / 97.

Gewinnauszug  
2. Klasse 41. Preußisch-Südbadische Staats-Lotterie  
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lotte gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

2. Ziehungstag 18. Mai 1933  
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

4 Gewinne zu 5000 M. 238070 243200  
5 Gewinne zu 3000 M. 189758  
16 Gewinne zu 2000 M. 64667 75548 109594 201891 211023 312651  
363539 373255  
20 Gewinne zu 1000 M. 113875 148728 160435 179883 192048  
215154 231105 258983 292991 303766  
30 Gewinne zu 800 M. 21189 35333 51912 54171 88439 99101  
127944 184307 228059 245293 252912 266848 267193 2826187 332487  
52 Gewinne zu 500 M. 23493 27149 29984 39463 129256 158140  
180473 186954 194284 229048 231269 245520 247424 263095  
272217 284001 292551 294133 295493 302946 336944 341533 359702  
370619 386804

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2 Gewinne zu 5000 M. 29808  
2 Gewinne zu 3000 M. 93640 178573  
22 Gewinne zu 2000 M. 221473  
32 Gewinne zu 1000 M. 20074 75285 77343 100368 172823 287825  
818296 322109 341486 360890 386313  
32 Gewinne zu 800 M. 10383 23126 45394 98811 143434 167126  
172926 260126 261305 277640 290295 302751 310540 341884 349497  
367892  
42 Gewinne zu 500 M. 6020 8572 55419 55504 96889 152285  
163720 207474 208034 246934 247223 255076 288969 298727 298815  
316380 322446 338221 356243 371628 374288

Die Ziehung der 2. Klasse der 41. Preußisch-Südbadischen Staats-Lotterie findet am 14. u. 15. Juni 1933 statt.

## Kreis Stuhm wenig verschuldet

Trotz Erntekatastrophe.

Stuhm. Zu der ersten Kreistagsversammlung waren sämtliche 21 Kreistagsmitglieder erschienen. In seinem Verwaltungsbericht über das verflossene Rechnungsjahr kam Landrat Dr. Zimmer insbesondere auf die Erntekatastrophe zu sprechen, die ungeheure Schädigungen hervorgerufen und zu einer außer-

Beamte!  
Lehrer!  
Behördenangestellte!

## Eure Zentrumsversammlung

findet statt am

Montag, den 22. Mai, 19 Uhr  
im  
Pfeilersaal des Friedr.-Wilh.-Schützenhauses

Es spricht: Herr Abgeordneter Schulrat Weiß.

Alle Kollegen und Kolleginnen sind herzlich eingeladen.

Die Zentrumspartei des Freistaates Danzig.

**UFA-PALAST**  
Elisabethkirchengasse 2  
Telefon 246 00

Ein überwältigender Sieg  
des deutschen  
Lustspiel-Films  
**Lucie Englisch**

in  
**Die Unschuld  
vom Lande**

Der Bombenerfolg  
der Produktionsleitung: Gustav Althoff. Mit  
**Ralph A. Roberts,**  
Curt Vespermann, Oskar Sabo.  
Regie: Carl Boese.

Ferner: Das Kleine Varieté  
und  
neueste Ufa-Tonwoche

Beginn: Wochentags 4. 6.15, 8.30 Uhr  
Achtung! Sonntags jetzt: 4. 6.15, 8.30 Uhr

**Licht-Spiele**  
Elisabethkirchengasse 11  
Fernsprecher 246 00

Lee Parry  
Johannes Riemann  
Leo Slezak, Oskar Karlweis  
in der  
Oskar Straus Tonfilmoperette

**Die Herren  
vom Maxim**

Das lustige Abenteuer zweier Junggesellen, die das Pech haben, sich immer in die gleichen Frauen zu verlieben. Dazu die schmisse, einschmeichelnde Musik von Oskar Straus, des Komponisten des „Walzertraum“.

Sowie Tonbeiprogramm und  
Neueste Deutlig-Tonwoche

Wochentags 4. 6.15, 8.30 Uhr  
Sonntags 3, 5, 7 und 9 Uhr

Steines  
Kind  
für einen abzugeben.  
Ang. unter Nr. 2055  
an die Geschäftsstelle  
dieser Zeitung.

Mer schenkt  
oder verkaufst für wenig  
Geld  
3-armige Leuchter?

Ang. unter Nr. 3913  
an die Geschäftsstelle  
dieser Zeitung.

Sattlerei Peters  
Liebau  
Fertigt und repariert  
Gehirre  
Treibriemen  
Polstersachen

**Schirme**  
Reparaturen und Bezüge  
billig und gut  
**Karau**  
Danzig, Langgasse 55  
Langf. Hauptstr. 120

**BAUMATERIAL**  
BAUMIGRO  
HOFFELN GÄSSE 2  
FERNR. 26293-9

gegenüber dem Leegtor-Bahnhof

**Fahrräder** und Ersatzteile  
noch billiger und  
besser  
Besichtigung meines  
Lagers unbedingt nötig  
**Waldau**  
Altstadt. Graben 21  
Reparaturen prompt u. sachgemäß.

# Skanowanie i opracowanie graficzne na CD-ROM :



ul. Krzemowa 1  
62-002 Suchy Las

[www.digital-center.pl](http://www.digital-center.pl)

[biuro@digital-center.pl](mailto:biuro@digital-center.pl)

tel./fax (0-61) 665 82 72

tel./fax (0-61) 665 82 82

**Wszelkie prawa producenta i właściciela zastrzeżone.**

**Kopiowanie, wypożyczenie, oraz publiczne odtwarzanie w całości lub we fragmentach zabronione.**

**All rights reserved. Unauthorized copying, reproduction, lending, public performance  
and broadcasting of the whole or fragments prohibited.**